

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

30. Sitzung vom 12. Oktober 2009 • von 21.45 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Konrad Gfeller, Präsident

Protokollführung: Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
35 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Harold Külling, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Matthias Jauslin, Gemeinderat
Christian Müller, Gemeinderat
Toni Schürmann, Gemeinderat
Doris Becker, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Marcel Wegmann, Bauverwalter
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter
Urs Spielmann, Leiter Soziale Dienste
Ernesto Hitz, Schulsekretär
Thomas Laube, Chef Gemeindesteueramt
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Beat Herzog, Leiter Reg. ZSO
Marcel Christen, Feuerwehrkommandant

Entschuldigungen
Kurt Neeser
Pren Nikollbibaj
Corinne Manimanakis
Johannes Siebenmann
1 Sitz vakant

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Wahl Stimmenzähler
3. Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (11169)
4. Bericht und Antrag 11161 betr. Überprüfung von
 - Reglement zur Regelung der Anstellungsverhältnisse des Gemeindeammanns der Gemeinde Wohlen
 - Reglement über die Entrichtung von Entschädigungen, Sitzungsgeldern und Spensersatz an Behördenmitglieder, Kommissionsmitglieder und Arbeitnehmer der Gemeinde Wohlen
5. Bericht 11172 betreffs Postulat 11063 notwendige Ergänzungen zum Finanzplan 2007-2011
6. Postulat 11152 betr. Bewertung der IB Wohlen AG

Gfeller Konrad, Präsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

236 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Gfeller Konrad, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 21. September 2009 zu verzeichnen:

- Einladung zur 30. Einwohnerratssitzung
- Bericht und Antrag 11168 betr. Bewilligung eines Projektierungskredites von Fr. 201'335.-- inkl. MWST für die Projektierung Neubau Friedhofgebäude bis und mit Bauprojekt und Kostenvoranschlag
- FIKO-Bericht zum Voranschlag 2010 (traktandiert)
- Bericht und Antrag 11173 betr. Nachtragskredit II - 2009
- Einladung zur Jungbürgerfeier vom 6. November 2009
- FIKO-Bericht Lohnanpassung zum Voranschlag 2010
- FIKO-Bericht Polizei zum Voranschlag 2010
- Einwohnerratsprotokoll 15. Juni 2009 (liegt auf)

Bruno Bertschi hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass laut Paragraph 19 unseres Reglementes die Protokolle innert 30 Tage erstellt und zugestellt werden sollen. Unser Gemeindeschreiber, Peter Hartmann, gab umgehend Antwort. „Leider ist die Geschäftslast etwas gross und der Personalbestand dementsprechend, dass dies nicht so schnell erledigt werden kann. Er werde aber dafür sorgen, dass die fälligen Protokolle in absehbarer Zeit in vernünftiger Form erstellt und übergeben werden. Ich möchte dazu noch erwähnen, dass die Protokolle zunehmend umfassender werden und es stellt sich auch die Frage, ob die

Protokolle so ausführlich dargelegt werden müssen. Das Ratsbüro sucht nach Möglichkeiten, unsere Protokolle entsprechend und zweckmässig abzuhandeln. Im Namen der Protokollverfasserin möchte ich Sie auch noch bitten, Ihre Voten schriftlich innert Wochenfrist der Kanzlei zuzustellen. Sie helfen so der Verfasserin enorm. Danke für Ihr Verständnis.

Bertschi Bruno, SVP:

Die SVP-Fraktion ist, um es gelinde auszudrücken, erstaunt darüber, dass zum dritten Mal innert kurzer Zeit Geschäfte zum Thema IB Wohlen AG immer am Schluss der Traktandenliste, so quasi als *quantité négligeable*, behandelt werden sollen. Obwohl wir schon einige Male darauf hingewiesen haben, hat der Präsident wiederum ein IBW-Geschäft auf den Schluss der Traktandenliste gesetzt.

Wir unterstellen dem Präsidenten keine Böswilligkeit. Doch sollte er aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit in dieser Beziehung etwas mehr Fingerspitzengefühl an den Tag legen.

Nachdem anzunehmen ist, dass das Postulat Nr. 11152 innert kürzester Zeit abgehandelt ist, beantragen wir eine Änderung der Traktandenliste dahingehend, dass das Traktandum Nr. 6 nach dem Traktandum 2 behandelt wird.

Wir danken dem Herrn Präsidenten für sein Verständnis und bitten Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung zu diesem Antrag.

Abstimmung

Dem Antrag von Bruno Bertschi

Dass die Traktandenliste dahingehend geändert wird, dass das Traktandum 6 nach dem Traktandum 2 abgehandelt wird

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Gfeller Konrad, Präsident: Durch den Rücktritt von Horst Fischer muss für die Legislatur noch ein Stimmenzähler gewählt werden. Die SVP hat sich damals bereit erklärt, für zwei Jahre ein Fraktionsmitglied zur Verfügung zu stellen, somit handelt es sich um eine Ersatzwahl. Ich bitte um Wahlvorschlag der SVP.

Die SVP hat keinen Wahlvorschlag.

Donat Ruedi, CVP: Eingangs möchte ich noch folgendes für das Protokoll festhalten. Die alljährliche Budgetsitzung, eine der wichtigsten im Einwohnerratskalender, ist vom Termin her infolge den Herbstferien schlecht gewählt. Vor allem die Fraktionssitzungen sind mitten in den Ferien und daher hat man es mit vielen Absenzen zu tun. Wir bitten das Büro, dies bei der Planung vom nächsten Jahr zu berücksichtigen. Vielen Dank!

Zur Wahl eines Stimmenzählers. Die CVP ist natürlich bereit, einen Stimmenzähler zu stellen, obwohl es gegen die ursprüngliche Abmachung ist. Diese war, dass die CVP die ersten beiden Jahre und die SVP die nachfolgenden zwei Jahre der Legislatur einen Stimmenzähler stellt. Wir greifen der SVP natürlich gerne unter die Arme und unterstützen sie, wenn es um die Besetzung wichtiger Posten geht. Wir wollen ja auch nicht, dass der Ratsbetrieb darunter leidet.

Im Übrigen möchte ich einmal festhalten, dass die CVP ihrer Pflicht immer nachgekommen ist, Frauen und Männer für jedes Gremium zur Verfügung zu stellen. Und dies termingerecht! Es ist ein Armutszeugnis der SVP, wenn sie sich der Wahl verweigert oder eine Wahl gar ausschliesst wie bei der Schulpflege.

Zur Wahl als Stimmenzähler schlagen wir Ihnen, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen, Hans Hufschmid vor. Hans Hufschmid ist 58 Jahre alt und seit 2 Jahren im Rat. Wir bitten Sie, ihm Ihre Stimme zu geben.

Abstimmung

Hans Hufschmid wird einstimmig zum Stimmenzähler gewählt

Postulat 11152 betr. Bewertung der IB Wohlen AG

Bertschi Bruno, SVP: Ich glaube die Begründung, die ich auf dem Postulat festgehalten habe, ist ausgiebig und detailliert genug. Ich denke, jeder konnte feststellen, um was es geht. Ich habe dieser Begründung nichts mehr beizufügen. Ich möchte Sie bitten, dieses Postulat zu überweisen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat zu entgegenzunehmen. Der nächste Schritt wird sein, falls keine Opposition aus dem Rat erwacht, dass wir Ihnen den entsprechenden Kredit unterbreiten.

Das Postulat wird überwiesen.

Gfeller Konrad, Präsident: Wir wissen ja alle, was ein Budget ist. Es geht darum, Ausgaben und Einnahmen für das kommende Jahr aufzulisten. Als Grundlage dient das verflossene Geschäftsjahr, Annahmen sowie Projektvorlagen und nicht zuletzt der Finanzplan. Es ist eine Vorgabe des Finanzhaushaltes, dies so genau als möglich zu erarbeiten und auch einzuhalten. Selbstverständlich sind nicht immer alle Budgetposten darunter erfassbar. Der Einwohnerrat hat die Pflicht und Aufgabe mit dem notwendigen Überblick das vorgelegte Budget genau zu betrachten. Die Zahlen, festgehalten im Voranschlag 2010 über 1000 Seiten, zeigen auf, wie die finanziellen Mittel der Gemeinde zufließen und von der Gemeinde für Verpflichtungen eingesetzt werden. Wir dürfen mit gutem Gewissen davon ausgehen, dass die verantwortlichen Fachpersonen sowie der Gemeinderat im Sinne der Gemeinde und für das Wohlergehen des Bürgers das Budget erarbeitet haben. Ich bitte Sie, die aufwendige und verantwortungsvolle Arbeit bei Ihren Voten und Anträgen dementsprechend zu würdigen.

Benz Guido, Fiko-Präsident: Sie haben zum Voranschlag 2010 einen ausführlichen Bericht mit Nachträgen erhalten. Ich werde zu angesprochenen Themen einige Ergänzungen geben, mich daneben aber auf zwei Themen konzentrieren. Zum einen auf das Ergebnis und zum anderen auf den Steuersatz. In der Detailberatung werde ich kurz die zwei nachgeschobenen Anträge der Finanzkommission begründen.

Wie ist das Ergebnis zu beurteilen? (Chart 1)

Aus den Steuereinnahmen von Fr. 32.9 Mio. und dem Nettoaufwand von Fr. 30 Mio. resultiert eine Eigenfinanzierung von Fr. 2.9 Mio. Wie in früheren Darstellungen erklärt, simuliere ich für die Beurteilung des Ergebnisses ein Unternehmen, das im Gegensatz zu den Gemeinden gezwungenermassen die Abschreibungen in seiner Erfolgsrechnung berücksichtigen muss. Ich mache also das, was meines Wissens im neuen Rechnungswesensystem HRM2 ab 2014 in etwa auch für Gemeinden gelten wird. In meiner Rechnung entsprechen die Abschreibungen der Soll-Eigenfinanzierung von Fr. 5 Mio. Das heisst, dass der Voranschlag, unternehmerisch betrachtet, einen Verlust von Fr. 2.1 Mio. ausweist. Auch wenn dieses Ergebnis die Finanzkommission, im Gegensatz zum Gemeinderat, nicht zufrieden stellt, kann es im Moment nicht entscheidend korrigiert werden. Dies ist eine Aufgabe der Zukunft, die aber sofort beginnen muss.

in TCHF	VA 10	VA 09	R 08
Gemeindesteuern (DS 900)	32'893	31'315	32'814
Nettoaufwand Geld	30'041	30'044	27'081
Eigenfinanzierung (Cashflow)	2'852	1'271	5'733
Soll-Eigenfinanzierung CHF 5 Mio. ungefähr Basis Richtwert 15%	5'000	5'000	5'000
"Verlust"	-2'148	-3'729	733

Stichwort Steuerertrag

Wir beurteilen die budgetierten Gemeindesteuern von Fr. 33 Mio. als plausibel und vertretbar. Dies aufgrund des Standes der Steuereinnahmen 2009 und aufgrund der Übernahme der kantonalen Einschätzungen für die Zukunft. Ich möchte aber nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir diese Vorgabe als eher optimistisch einschätzen.

Der Unterhalt ist ein wichtiger und bedeutender Ausgabeposten

Gemäss meinem Kollegen Benno Kohli war die Betrachtungsweise der Finanzkommission beim Finanzplan zu technokratisch; „man müsse politisch überlegen, wofür wir investieren und was uns vorwärts bringt“ war sein Kommentar. Ich weiss nicht so recht, was er damit gemeint hat. Wenn aber ein Haus zusammenbricht, kann man nicht mehr nur politisch überlegen, sondern man muss handeln. Selbstverständlich war es nie die Idee der Finanzkommission, den Gemeinderat an den für Unterhalt und Sanierungen ausgegebenen Summen zu messen. Es ging und geht darum, die Ausgaben zu tätigen, bei denen der Gemeinderat bestätigen kann, dass die Infrastruktur in Ordnung und in einem guten Zustand ist. Es besteht aber kein Zweifel, dass wir Recht hatten mit unseren Warnungen und Hinweisen in Sachen Unterhalt und Sanierungen. Die Einführung eines Immobilienmanagements wird uns ermöglichen, auch politisch zu überlegen, weil wir darin auch die sehr ferne Zukunft erfassen und damit genügend Vorlaufzeit gewinnen.

Die Finanzkommission begrüsst die in diesem Voranschlag wie im Finanzplan sichtbaren Anstrengungen, dem Unterhalt die notwendige Aufmerksamkeit zu geben.

Die Lohnsummenanpassung muss in einem schwierigen Umfeld diskutiert werden

Im Bericht finden Sie unter „4.3 Lohnanpassung 2010“ die relevanten Basiszahlen zur Lohnentwicklung, im Nachtrag vom 6. Oktober eine Einschätzung des Lohnniveaus von Wohlen sowie unsere Überlegungen zum Antrag, die Lohnsumme um 0.5% anzuheben.

Stellenetat der Repol

Auch hinsichtlich des Stellenetats Repol haben sie verschiedene Unterlagen erhalten. Einige wenige Hinweise werde ich bei der Behandlung des Stellenplanes geben.

Ein Kapitel „Ausgabenreduktionen“ ist ein altes Anliegen.

„Tu Gutes und rede darüber“. Das fehlt uns im Voranschlag. Die Zitrone ist nie ausgepresst, auch wenn die meisten von uns überzeugt sind, dass nicht mehr allzu viel Saft in ihr steckt. Ein äusserst wichtiger Aspekt bei diesem Thema ist neben den erhofften Einsparungen auch die Kommunikation und Vertrauensbildung. Ich hoffe, dass der nächste FIKO-Präsident diesbezüglich Fortschritte vermelden kann.

Werden von der Finanzkommission Änderungsanträge erwartet?

Ich habe mir natürlich die Frage gestellt, ob wir jede Position durchgehen müssen und Reduktionen von hier Fr. 4'000 und dort vielleicht mal Fr. 15'000 beantragen? Es gab ja so Übungen in der Vergangenheit, z.B. beim Voranschlag 2004. Die Finanzkommission hat damals bei über 20 Positionen Ausgabenreduktionen von rund Fr. 670'000 beantragt. Ich hab das damalige Protokoll studiert und kam zum Schluss: Es waren keine überzeugenden Einsparungen, soweit sie beschlossen wurden. Die wirklich grossen Posten entfielen praktisch ausschliesslich auf den Unterhalt. Den können wir Einwohnerräte aber gar nicht beurteilen. Und: Verschieben in die Zukunft ist für eine gewisse Zeit problemlos möglich, die Quittung kommt aber.

Der damalige Einwohnerrat Matthias Jauslin hat übrigens ein interessantes Votum abgegeben, ich zitiere: „Und jetzt stehen wir vor einem Geschäft, das an Kleinarbeit schon fast nicht mehr zu überbieten ist. Es kann nicht sein, dass ein Parlament in stundenlanger Diskussion Budgetposten um Budgetposten durcharbeitet“, und er fügte dann noch hinzu,

„nur weil der Gemeinderat sich vor dieser Arbeit drückt“. Und weiter: „Es ist illusorisch zu meinen, der Einwohnerrat setze nun den Rotstift an der richtigen Ecke an.“ – Ich teile diese Meinung voll und ganz. Dies gilt meiner Meinung nach auch für die heutige Debatte.

Wir haben versucht die Plausibilität der Ausgaben zu prüfen und kamen zum Schluss, dass die Veränderungen begründet sind, dass sehr ernsthaft versucht wird, die Kosten insgesamt unter Kontrolle zu halten. Wer trotzdem meint, es sei noch viel Luft im Voranschlag, dem empfehle ich eine globale Sparsumme zu beantragen, die der Gemeinderat dann realisieren muss. Die Finanzkommission wird dies aufgrund ihrer Einschätzung nicht tun.

Ich habe übrigens die Mitglieder der Finanzkommission mehrmals gefragt, ob sie irgendwelche zusätzliche Anträge vorschlagen, auch hinsichtlich Einsparungen. Es gab ein oder zwei Ideen „politischer“ Ausgabenreduktionen z.B. Verzicht auf das Energielabel. Über solche Posten gilt es dann in der Detailberatung zu entscheiden.

Steuersatz

Und nun zum Phänomen Steuersatz, ein sehr wichtiges Thema.

Die Finanzkommission ist grossmehrheitlich überzeugt, dass eine Reduktion des Steuersatzes nicht in Frage kommt und unverantwortlich ist. Ich erinnere Sie an das Bild des Finanzplanes, dies obwohl ich dessen Aussagekraft in Frage gestellt habe und stelle.

Wie ist nun aber die Idee, den Steuersatz zu reduzieren oder gar auf 99% zu reduzieren, zu beurteilen? Ich beschränke mich auf die 99%-Variante, weil ich ihr in der Presse und wie auch in diesem Saal immer wieder begegne.

(Chart 2)

Mit einem Steuersatz von 99% reduziert sich der Steuerertrag vorerst um rund CHF 3.8 Mio. Die erste Kolonne zeigt es: daraus resultiert ein negativer Cashflow von rund CHF 1 Mio., der Verlust steigt auf rund CHF 6 Mio. Das sind die Zahlen.

in TCHF	VA 10	VA 10	VA 09	R 08
Steuersatz	99%	113%	113%	113%
Gemeindesteuern (DS 900)	32'893	32'893	31'315	32'814
Reduktion Steuerfuss um 14%	-3'800			
Nettoaufwand Geld	30'041	30'041	30'044	27'081
Eigenfinanzierung (Cashflow)	-948	2'852	1'271	5'733
Soll-Eigenfinanzierung CHF 5 Mio. ungefähr Basis Richtwert 15%	5'000	5'000	5'000	5'000
"Verlust" / "Überschuss"	-5'948	-2'148	-3'729	733

Dieser Verlust muss natürlich auf irgendeine Art und Weise wieder gutgemacht werden. Nachdem die Ideengeber bisher noch nie irgendwelche konkrete Vorstellungen präsentiert haben, wie das geschehen soll, welche Ausgabenreduktionen realisiert werden sollen und mit welchen Mehreinnahmen an Steuern gerechnet werden kann, habe ich diesbe-

zöglich selbst eine Versuch gewagt, damit ich mir überhaupt einmal eine Vorstellung machen kann, was 99% eigentlich bedeutet.

Ausgabenreduktionen (Chart 3)

<u>Ausgabenreduktionen in TCHF</u>	
Einsparungen im Voranschlag	500
Musikschule	400
Kulturförderung	220
Gemeindebibliothek	300
Schwimmbad	250
Kunsteisbahn	165
Sportzentrum Niedermatten	370
Chinderhuus	200
Altersheim	425
Subtotal	2'830
Verzicht auf Leistungen der Verwaltung	1'000
???????????	??
Total	3'830

Ich habe nach grösseren Ausgabeposten gesucht, die kurz- bis mittelfristig, sagen wir bis spätestens in 5 Jahren eliminiert werden könnten. Ich habe Mühe gehabt, Posten dieser Art, die auch wirklich einschenken, zu finden. Wenn ich im Voranschlag mal Fr. 500'000 streiche und auf Musikschule, Kulturförderung, Gemeindebibliothek, Schwimmbad, Kunsteisbahn, Sportzentrum Niedermatten, Chinderhuus und Unterstützung des Bifangs verzichte, reduzieren sich die Ausgaben um rund Fr. 2.8 Mio.

Dies reicht bei weitem nicht. Ich habe im Modell deshalb den Personalbestand um 10-15 Mitarbeiter reduziert, um bei den Personalkosten eine weitere Million einzusparen. Die Verwaltung macht einfach nur noch das unbedingt Notwendige, das gesetzlich Vorgeschriebene in möglichst noch tragbarer Qualität. Damit würde sich die Finanzlücke insgesamt wenigstens um Fr. 3.8 Mio. auf noch Fr. 2.2 Mio. reduzieren.

Neue Steuerzahler

Um die restliche Lücke schliessen und eventuell sogar die Leistungseinschränkungen reduzieren zu können, müssen natürlich neue gute Steuerzahler zuziehen, müssen die Steuereinnahmen drastisch steigen. Davon gehen die Ideengeber für 99% auch aus. Ich habe ein weiteres kleines Modell aufgestellt, damit wir eine Vorstellung der notwendigen Dimensionen gewinnen können.

(Chart 3)

Es gibt in diesem Modell 3 Steuerzahler-Typen, die nach Wohlen ziehen: Der Einkommens-Millionär bringt Fr. 136'000, der 500'000-Mann rund Fr. 68'000 und der 250'000-Mann Fr. 31'000 Steuereinnahmen.

Um den bei einem Steuersatz von 99% vorerst resultierenden Verlust zu kompensieren, und das ist ja der Zweck der Übung, müssten 44 bzw. 87 bzw. 188 solche Steuerzahler gewonnen werden können.

Wenn nach 5 Jahren, angelockt durch Steuersatz von 99%, ein Einkommensmillionär und in den anderen Kategorien 3 und 10 Steuerzahler zugezogen sind, realisiert Wohlen ein zusätzliches Steueraufkommen von rund Fr. 650'000. Und auch wenn wir diese Zahlen verdoppeln oder verdreifachen, es reicht nirgends hin. Und selbst wenn wir die massiven Ausgabenreduktionen berücksichtigen, sind wir immer noch nicht dort, wo wir hin möchten.

	Steuerzahler-Typ		
	Einkommen Millionär	Verdient sehr viel	verdient sehr gut
Einkommen	1'000'000	500'000	250'000
Vermögen	10'000'000	5'000'000	2'500'000
Einkommenssteuer Gemeinde	110'670	55'335	25'475
Vermögenssteuer Gemeinde	25'480	12'480	5'980
Total Steuern Gemeinde	136'150	67'815	31'455
Verlust	-5'928'000	-5'928'000	-5'928'000
Notwendige Zahl zur Deckung des Verlustes	44	87	188
Anzahl Zuzüger nach 5 Jahren (sehr optimistisch)	1	3	10
Zusätzlicher Steuerertrag der Zuzüger	136'150	203'445	314'550
Zusätzlicher Steuerertrag total			654'145

In der Zwischenzeit erhöhen sich die Schulden um CHF 15 bis 20 Mio.

Meine Modelle sind mehr als nur ein Spiel. Es wird nämlich klar ersichtlich, wie utopisch und weltfremd die Idee 99% ist. Nach meiner Meinung kann man auch nicht mehr von „übertrieben“ oder „etwas übertrieben“ sprechen, sondern sie ist schlicht weltfremd.

Ich glaube auch, dass bei einem Steuersatz von 99% tendenzmässig zusätzliche Steuerzahler nach Wohlen kommen. Ob diese nun Fr.100'000, 300'000 oder 500'000 zusätzlichen Steuerertrag bringen weiss ich nicht. Es wird auf alle Fälle aber sehr viel weniger sein, als nötig ist.

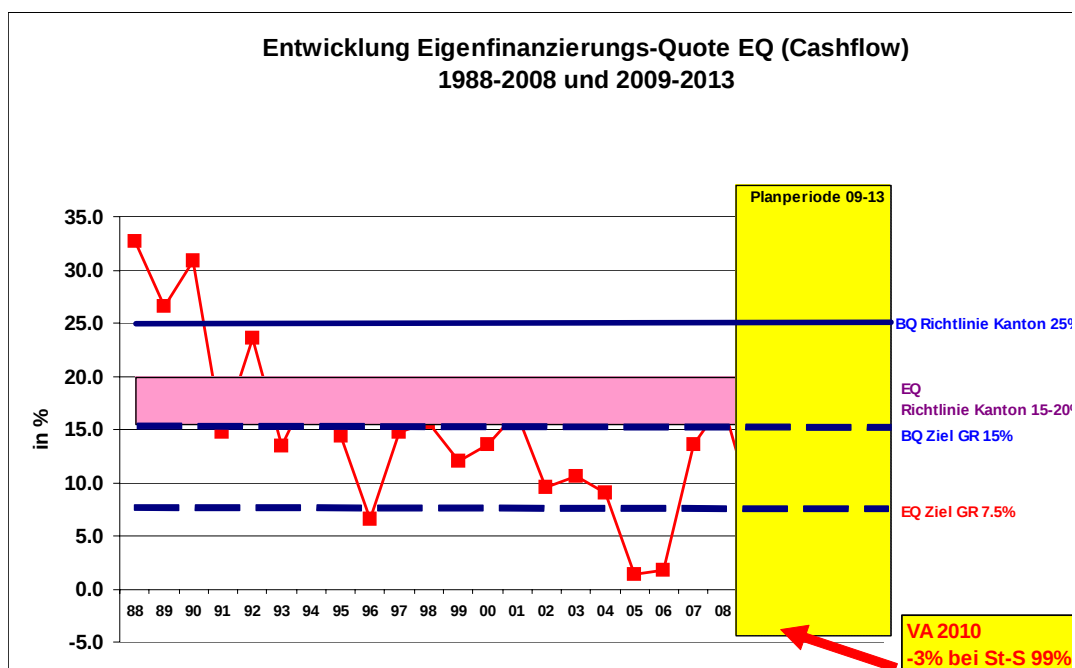
Steuerzahler, für die der Steuersatz bei der Wohnortwahl an erster Stelle steht, werden nie nach Wohlen ziehen, ob nun 99% oder weniger geboten wird. Wichtig sind für potentielle gute Steuerzahler vielmehr attraktive Wohnmöglichkeiten, Schulen, Sport, Einkaufsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung, Gemeindeleben mit Vereinen, nicht vergessen die Ge-

meindeatmosphäre, Gesamtkosten von Wohnen und Steuern: All das müssen wir erhalten und wo nötig verbessern, um die Steuerkraft zu erhöhen. Der Steuersatz ist auch ein Element, er kommt aber erst an x-ter Stelle.

Ich habe zwar immer wieder versucht, Ihnen die nicht einfachen Mechanismen einer Gemeinderechnung zu erklären, so zum Beispiel in meinem Votum vom 13. Oktober 2008 unter dem Titel „Wohlen erwirtschaftet seit Jahren Verluste“. Der Nutzen war scheinbar gering, sonst müsste ich in der Zeitung nicht Aussagen lesen wie „Zusätzliche freiwillige Abschreibungen und Überschüsse sind nicht erforderlich. Das sind Steuern auf Vorrat, die kategorisch abgelehnt werden“. Aber dieses Statement liegt ja in der Linie mit der Aussage, die am 15. Juni hier in diesem Saal gemacht wurde: „Da das Gemeinwesen ja nicht mehr Steuern einnehmen soll, als es wirklich braucht, wäre im Jahre 2008 ein Steuersatz unter 100% ausreichend gewesen. Sie kennen unser Credo. Wir fordern einen attraktiven Steuersatz von 99% oder weniger. Schon im Jahr 2008 wäre es problemlos möglich gewesen, dieses Ziel zu erreichen.“

Mit 99% eine Eigenfinanzierungsquote von -3% (Chart 5)

Sie kennen diese Darstellung. Der rote Pfeil unten zeigt, wo bei einem Steuersatz von 99% die negative Eigenfinanzierung von -3% einzutragen wäre.



Vergessen wir diese Utopie und arbeiten wir daran, dass wir den Steuersatz im Laufe der nächsten Jahre schrittweise auf das Kantonsmittel senken können, und zwar ohne den Lebenswert in Wohlen zu zerstören.

Antrag

Die Finanzkommission beantragt Ihnen grossmehrheitlich, den Voranschlag 2010 mit einem Steuerfuss von 113% zu genehmigen, inkl. der Nachträge des Gemeinderates (Leasing, Konzept Sanierungsprojekt) sowie der zwei Anträge der Finanzkommission.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Vorausschicken möchte ich, dass der Voranschlag sehr seriös erarbeitet wurde. Ich gebe aber allen recht, die sagen, die Zitrone ist nie ausgepresst.

Was wir hier präsentieren ist ein Nettoaufwand von 30 Mio. Diesen werden wir bei Ihnen beantragen. Wenn Sie dem Voranschlag zustimmen, geben Sie uns auch die Möglichkeit, die 30 Mio. in der laufenden Rechnung auszugeben.

Was uns sehr freut, ist, dass es genau dem Voranschlag 2009 entspricht. Im Voranschlag werden 2 zusätzliche Stellen für das Ressort öffentliche Sicherheit beantragt. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dies notwendig ist und man diese 2 Stellen bewilligen müsste. Wir sind nicht derselben Meinung wie die Finanzkommission.

Erhöhung Lohnsumme

Wir sind sicher, dass entsprechend den Vorgaben und Leistungen dies durchaus berechtigt ist. Der Gemeinderat ging bei der Zielsetzung für den Voranschlag von 1,5% aus und hat dies entsprechend nach unten korrigiert nach einem Vergleich mit anderen Gemeinden.

Antrag Steuerfuss auf 113%

Ich möchte dem Präsident der Finanzkommission nochmals für seine Voten danken. Wir können es nicht schön färben. Der Finanzplan zeigt auf, dass die 113% notwendig sind. Alles andere ist Sand in die Augen gestreut. Wir als Exekutive müssen mit offenen Karten spielen. Ihr als Parlament könnt dies natürlich nachher diskutieren. Wir sind überzeugt, dass das Präsentierte solid und standhaft ist.

Zu den untenstehend schwarzen Aufzählungen

Das sind Tatsachen, die man entgegennehmen muss. NFA und GAT: Das ist der neue Finanzausgleich und das ist das Gesetz über die Aufgabenteilung, die sind berücksichtigt. Die Schlussabrechnung ergibt, dass Wohlen rund 1,3Mio. Mehrbelastung aus den ganzen Geschäften aufweist. NFA und GAT sind über mehrere Jahre gelaufen und wurden vom Kanton so aufgegleist. Steuerprozent wurde nochmals nachgerechnet und differiert ein wenig zu den Fr. 272'000.--. Der Grund ist, dass wir nur die natürlichen Personen berücksichtigt haben. Wenn wir den Steuersatz auf 99% senken würden, verlieren wir Fr. 3,8 Mio. Cash-Flow: Das sind Mittel für Investitionen Schuldenabbau. Selbstverständlich brauchen wir den Cash-Flow. Alles, was wir unten nicht ausweisen können, können wir nicht mehr ausgeben. Ich bitte Sie, sich dann auch daran zu halten, falls wir plötzlich in den Minuspositionen sind.

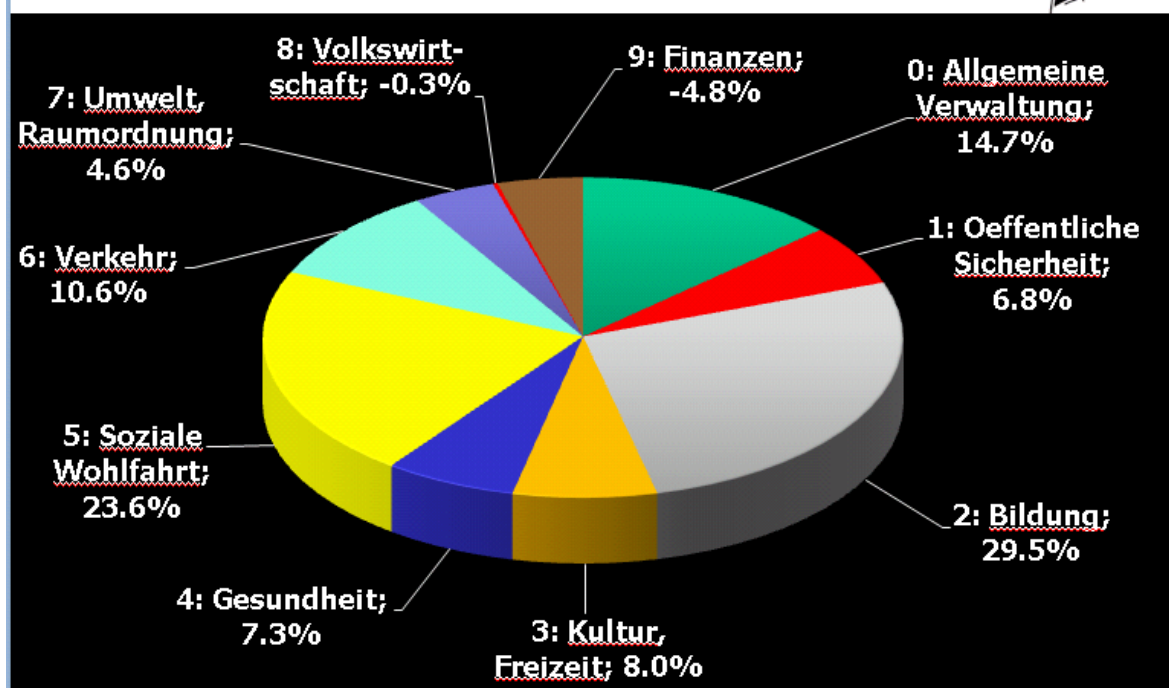
wichtig zu wissen...



- **Nettoaufwand von Fr. 30.0 Mio. beantragt (entspricht VA 2009)**
 - **Zusätzliche 2 Stellen im Ressort öffentliche Sicherheit beantragt**
 - **Erhöhung Lohnsumme Personal um 1% beantragt**
 - **Steuerfuss wie bereits im FIPLA erläutert von 113% beantragt**
 - **Kennzahlen AG Gesamtsumme genügend (17 Wohlen, Max=24 Min=12)**
 - **NFA und GAT berücksichtigt (Wohlen rund 1.3 Mio Fr. Mehrbelastung)**
 - **Wirtschaftslage und Steuergesetzrevision berücksichtigt**
 - **Ein Steuerprozent entspricht rund Fr. 272'000.- (14% = 3.8 Mio)**
 - **Cash-Flow sind Mittel für Investitionen und Schuldenabbau**
 - **Steuerertrag Budget 2009 wird sicher erreicht (Stand Aug: 97.43%)**
 - **Zuschuss aus Steuergelder an Abfallbeseitigung Fr. 859'900.-**
-

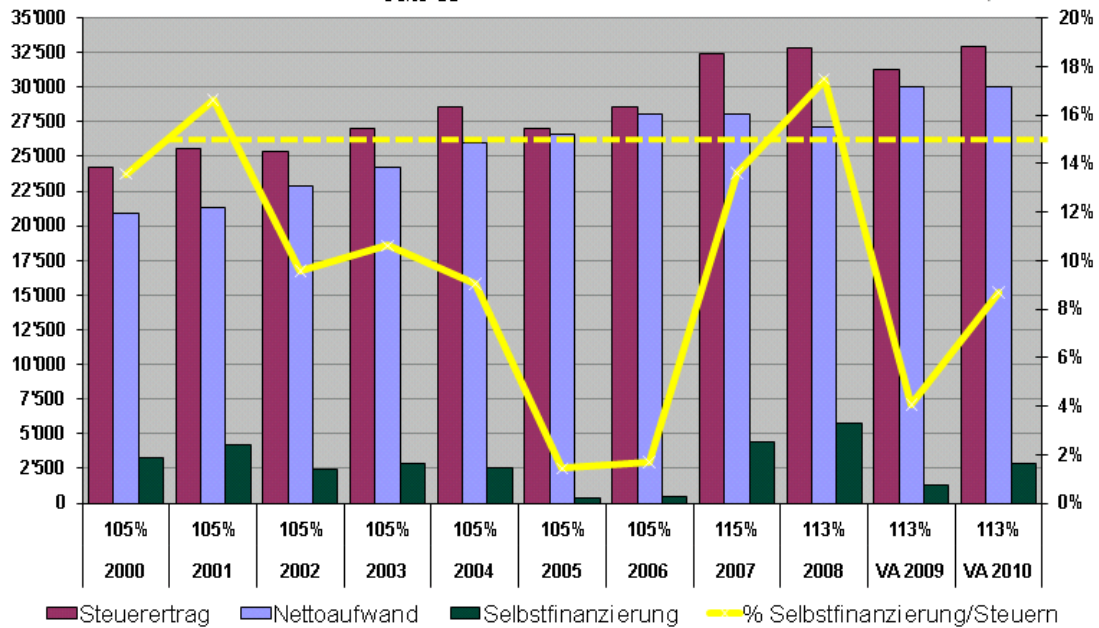
	Voranschlag 2010	Voranschlag 2009 (inkl. NK)	Rechnung 2008	Abweichung	
				2009	2008
0: Allgemeine Verwaltung	4'408'800	4'511'700	4'178'205	-2.3	5.5
1: Öffentliche Sicherheit	2'039'500	1'894'300	1'696'917	7.7	20.2
2: Bildung	8'858'200	9'310'400	10'085'424	-4.9	-12.2
3: Kultur, Freizeit	2'390'000	2'508'100	2'327'789	-4.7	2.7
4: Gesundheit	2'200'100	2'003'800	2'295'321	9.8	-4.1
5: Soziale Wohlfahrt	7'090'300	6'793'100	3'869'423	4.4	83.2
6: Verkehr	3'192'400	3'246'000	2'749'521	-1.7	16.1
7: Umwelt, Raumord.	1'373'100	1'334'600	1'304'419	2.9	5.3
8: Volkswirtschaft	-77'800	-92'800	-121'273	-16.2	-35.8
9: Finanzen	-1'434'000	-1'465'300	-1'304'533	-2.1	9.9
Nettoaufwand Geld	30'040'600	30'043'900	27'081'213	0.0	10.9
Gemeindesteuern (DS 900)	32'893'000	31'315'000	32'814'058	5.0	0.2
Cash-Flow (Eigenfinanzierung)	2'852'400	1'271'100	5'732'845		
Vorgeschr. Abschreibungen	0	869'900	0		
Zusätzl. Abschreibungen	2'852'400	401'200	5'732'845		

Nettoaufwand Budget 2010 30,0 Mio (Seite 9)



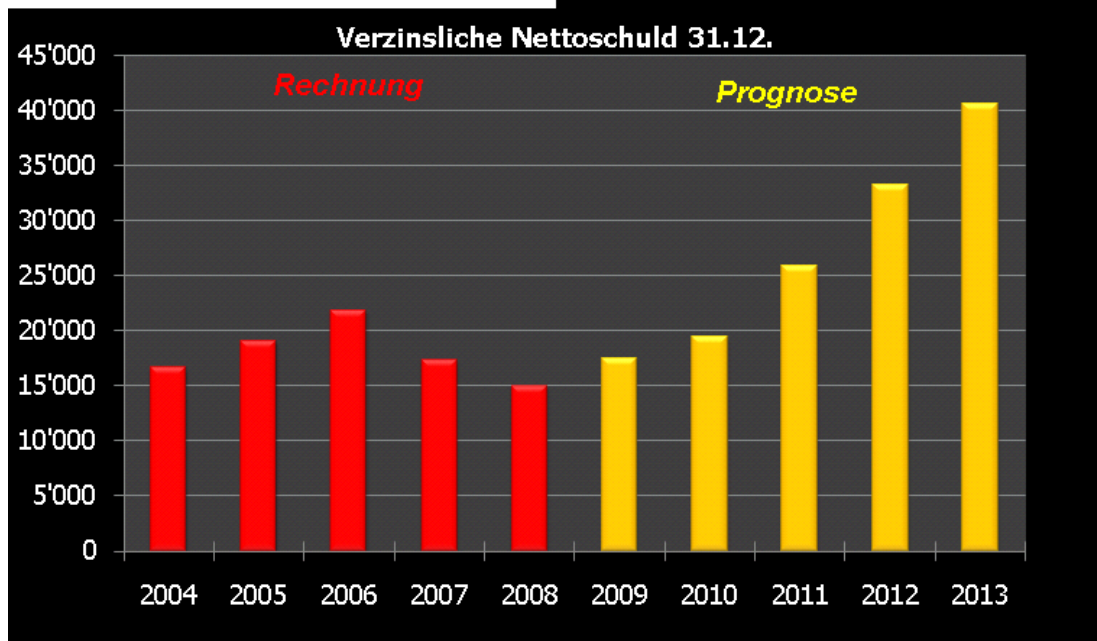
Steuerertrag / Nettoaufwand

Seite 11



Prognose Schulden FIPLA

- verzinlichen Nettoschuld 2013 40,7 Mio. Fr.
- Anstieg Zinsaufwand 0,5 Mio. auf 1,2 Mio. Fr.



Auch mit 113% und auch mit dem Finanzplan, den wir jetzt haben, wissen wir und Sie, dass wir einen Anstieg haben werden, der bis ins Jahr 2013 bei verzinslicher Nettoschuld, wenn wir nichts anderes mehr machen können, bei 40,7 Mio. sind. Der Anstieg Zinsaufwand ist dann 1,2 Mio. von den Geldern, die wir dafür einsetzen müssen. Es müsste allen klar sein, dass eine Steuersenkung im jetzigen Zeitpunkt Utopie ist.

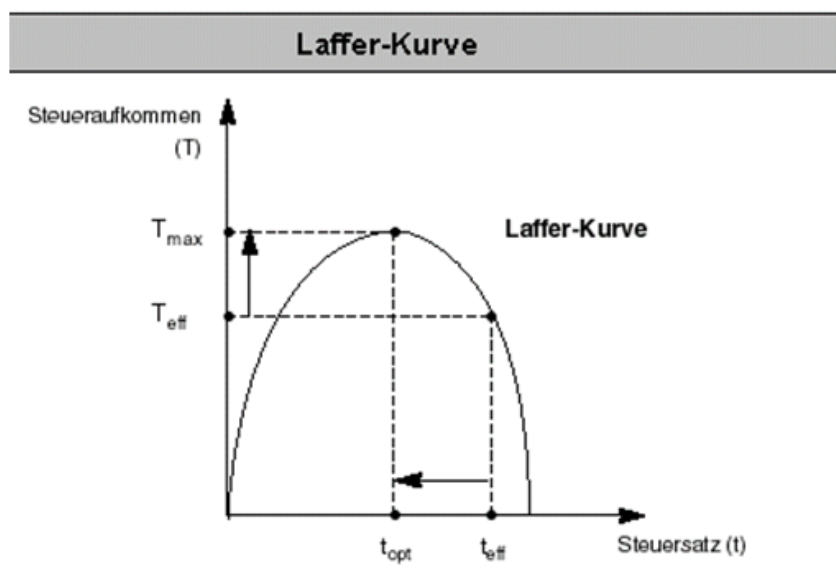
Budget2010: Nachträge zum Voranschlag

Konto	Bezeichnung		CHF Änderung	CHF Budget neu	Bemerkungen
LAUFENDE RECHNUNG					
110.316.02	Leasing Fahrzeuge	55	-11'500	13'500	Ersatzbeschaffung Polizeifahrzeug erfolgt später mit B+A
342.318.02	Konzept Sanierungsprojekt	78	20'000	20'000	Erarbeitung Vorstudie Badi/KEB: Definition Grundbedingungen / Wettbewerbsvorgaben (gem. PA vom 21.09.09)
990.331	Vorgeschr. Abschreibungen	100	0		
990.332.01	Zusätzliche Abschreibungen	100	- 8'500	2'843'900	
INVESTITIONSRECHNUNG					

keine Änderung

Wir werden zwei zusätzliche Positionen beantragen, d.h. miteinfließen lassen. Wir haben Ihnen beim Konto 100.316.02 „Leasing Fahrzeuge“ versprochen, dass wir dies entfernen werden. Der Voranschlag wird um Fr. 11'500.— reduziert. Wir werden Ihnen einen separaten Bericht und Antrag für die Beschaffung vorlegen.

Bei der Position 342.318.02 „Schwimmbad“ möchten wir Fr. 20'000.— für die Erarbeitung einer Vorstudie Schwimmbad/Kunsteisbahn. Es geht darum, dass wir Grundbedingungen definieren können und Wettbewerbsvorgaben soweit vorbereiten, dass wir nachher einen Bericht und Antrag vorlegen können, um den Projektierungskredit einzuholen. Es geht hier nur um die Erarbeitung der notwendigen Unterlagen.



Der Gemeinderat beantragt Ihnen die Genehmigung dieses Voranschlages 2010. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Verwaltungsmitarbeitern und bei den Vorgesetzten der Abteilungen recht herzlich bedanken für die Mitarbeit bei diesem Budget. Es war eine aufwendige Aufgabe aber ich bin überzeugt, dass wir nun ein stabiles Budget haben, dass 100% „verhebt“.

Spörri Marlis, SVP: Die Fraktion SVP-Wohlen-Anglikon stellt Ihnen einen Rückweisungsantrag für den Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde Wohlen mit folgenden Begründungen:

- Das schon seit Jahren bekannte Ziel der SVP, nämlich ein Steuerfuss von maximal 99%, wurde nicht erreicht. Sogar das bescheidene Ziel des Gemeinderates, den Steuerfuss um 2% zu senken, wurde verpasst.
- Die in Auftrag gegebene Lohnstudie ist noch ausstehend. Wieso eigentlich? Die Finanzkommission beurteilt das Gehaltsniveau der Gemeinde Wohlen als gut und wettbewerbsfähig, vor allem auch in den oberen Lohnstufen. Deshalb verlangen wir für 2010 eine Nullrunde bei den Löhnen der Gemeindeangestellten.
- Der Überschuss aus den Abwassergebühren beträgt fast 1 Mio., was drei Steuerfussprozenten entspricht! Wir erachten es als falsch, mehr Gebühren einzunehmen als nötig ist.
- Die vorgeschriebenen Abschreibungen im nächsten Jahr betragen null Franken. Die zusätzlichen, freiwilligen Abschreibungen sind mit über 2,5 Mio. Franken verbucht. Das sind Steuern auf Vorrat, was die SVP kategorisch ablehnt.
- Es gibt immer noch Pauschalbudgets anstelle von Globalbudgets mit Leistungsvereinbarung in den Abteilungen Feuerwehr, Bildung und Informatik. Das ist nicht zulässig! Das ist eine Schein-Lösung, weil der Gemeinderat die Vorschriften des Gemeindegesetzes zur Globalbudgetierung umgehen will. Wir fragen uns, wie lange der Einwohnerrat diesem Spiel noch zuschauen will?
- Es werden zwei neue Repol-Stellen im Rahmen des Voranschlages beantragt. Dies lehnen wir ab und zwar mit oder ohne Antrag.

Wir verlangen weiterhin konsequent, die Steuern auf ein normales Mass zu reduzieren, d.h. auf unter 100%, und die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten. In den letzten Jahren hätte ein Steuerfuss von 99% noch jedes Jahr einen Einnahmenüberschuss bedeutet. Damit geben wir dem Gemeinderat die Gelegenheit, endlich seine Hausaufgaben zu machen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Selbstverständlich empfehlen wir Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Auch die Begründung hat man versucht darzulegen. Man wollte auch zeigen, was effektiv hinter der ganzen Budgetierungsphase steht und ich denke, wir konnten plausibel aufzeigen, dass es nicht sein kann, dass der Steuerfuss 99% beträgt. Wenn man davon spricht, dass das Pauschalbudget eine Umgehung des Globalbudgets ist, haben wir letztes und vorletztes Jahr nochmals darauf hingewiesen, wie das funktioniert. Sie können selbstverständlich zu jeder Position Änderungsanträge stellen. Es ist das Recht jeder Fraktion, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Der Gemeinderat kann nicht 100%ig nachvollziehen, was an dem Budget schlecht sein soll. Wir sind überzeugt, dass wir hier den richtigen Weg gehen.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der SVP

Der Voranschlag 2010 ist an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, dem Einwohnerrat ein neues Budget 2010 mit einem tieferen Steuerfuss vorzulegen

wird mit 8 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Balazs Dimitri, SP: Ich möchte gerne etwas vorwegnehmen. Im Voranschlag Seite 12 steht:

„die Finanzpolitik und damit der Steuerfuss muss nachhaltig sein. Wie rollende Finanzplanung deutlich macht, wird es mit dem aktuellen Steuerfuss von 113% bereits äusserst schwierig all die prioritären Projekte zu realisieren.“

Da stellt sich für mich die Frage, wieso wird überhaupt ein Budget mit 113% unterbreitet. In Anbetracht der finanziellen Entwicklung der anstehenden Investitionen und der laufenden Kosten ist ein Steuerfuss von 113% weder nachhaltig, noch können wir uns das leisten. Als Einwohnerrat müssen wir vernünftig handeln. Das heisst in diesem Fall anerkennen, dass wir vorerst einen höheren Steuerfuss brauchen. Auf der Ausgabenseite heisst das, dass unnötige Investitionen zu vermeiden sind, bzw. abzuwägen, was von Bedarf ist und was nicht. Gänzlich herunterfahren lassen sich die Kosten freilich nicht. Im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung setzt man den Rotstift leider ab und zu an den falschen Orten an. Durch den Zwang zu sparen, vergisst man häufig, wer die Leidtragenden hinter der rigorosen Sparpolitik sind. Häufig sind es die Falschen, zum Beispiel beim Gemeindepersonal. Obwohl häufig aus den eigenen Reihen gelobt, getraut man häufig nicht, die volle Teuerung zu gewähren. Das Gemeindepersonal hat seit 2005 erst einmal den vollen Teuerungsausgleich erhalten. Die Gemeindeangestellten arbeiten sehr gut. Insofern erachten wir es nur als fair, die Leistung dementsprechend zu würdigen. Im Weiteren soll eine öffentliche Verwaltung mit der Privatwirtschaft mithalten können, damit auch eine öffentliche Verwaltung für kreative Köpfe ein attraktiver und interessanter Arbeitgeber ist.

Die Investitionen, die schon längst überfällig sind, werden weiterhin hinausgeschoben. Es wird an allen Ecken und Enden versucht zu sparen. Das ist nicht nur schlecht, aber ich bitte Sie, zu beachten, dass irgendwann einmal der Zenit erreicht ist. An diesem Punkt stehen wir nun. Wir müssen schnell handeln. Einerseits brauchen wir mehr Einnahmen und andererseits müssen wir gezielt investieren. Die Investitionen steigern die Attraktivität von Wohnen, führen längerfristig zu einem höheren Steuerertrag und somit früher oder später zu einem tieferen Steuerfuss. Es liegt an uns, Wohnen jetzt weiterzubringen, Schulden zu tilgen und die Attraktivität zu steigern. Helfen Sie uns dabei, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, und unterstützen Sie unsere Anträge.

Donat Ruedi, CVP: Wir haben an unserer Fraktionssitzung das Budget 2010 ausführlich beraten. Verschiedene Fragen wurden von der Verwaltung ausführlich beantwortet.

Vielen Dank an die Abteilungsleiter und ihre Mitarbeiter für die gute Zusammenarbeit. Wir danken auch der Finanzkommission für ihre wertvolle Analyse, diese sollte der Massstab für das weitere Vorgehen sein. Ziel muss es sein, mittelfristig die Kennzahlen so zu verbessern, dass sie der kantonalen Vorgabe genügen werden. Aus unserer Sicht kann das Budget speditiv behandelt werden. Die meisten Fragen haben wir im Vorfeld geklärt und eine befriedigende Antwort erhalten.

Steuerfuss

Wohnen benötigt diese Einnahmen. Wir von der CVP wollen nicht, dass die längst fälligen Sanierungen wie Badi, Eisbahn, Junkholzschulhaus und auch das Gemeindehaus aus finanziellen Gründen weiter hinausgeschoben werden. Es gilt, einen drohenden Investitionsstau

abzuwenden. Es ist unverantwortlich, wenn wir diese Projekte mangels Finanzen weiter auf die lange Bank schieben.

Auch sonst wollen wir keine Einschränkung am Unterhalt unserer Infrastruktur. Es ist wichtig, dass wir hier nicht sparen und keine Mehrkosten generieren, weil wir ständig alles hinausschieben.

Wir wollen den Unterhalt unseres Gemeinwesens nicht vernachlässigen. Wir wollen ein wohnliches Wohlen, und das darf etwas kosten. Dafür brauchen wir vorläufig einen Steuerfuss von 113%.

2 Stellen der Repol

Wir werden den Antrag der Fiko einstimmig unterstützen. Die 2 zusätzlichen Stellen der Repol seien aus dem Voranschlag 2010 zu streichen. Es ist ein separater Bericht und Antrag dem Einwohnerrat vorzulegen.

Begründung

Es stimmt zwar und das nehmen wir auch zur Kenntnis, dass die Repol Wohlen nach den Vorgaben unterdotiert ist. Gleichwohl möchten wir wissen für was, wo und wie die neuen Polizisten eingesetzt werden.

Wir wollen auch verschiedene Fragen, wie sie die Fiko in ihrem Antrag stellt, beantwortet haben. Diese Diskussion können wir nicht im Rahmen der Budgetdebatte führen. Es braucht dafür einen Bericht und Antrag, nur so kann das Vertrauen in unsere Polizei gestärkt werden.

Im Übrigen haben wir am 18. Mai eine 0,6 Stelle für die Einwohnerkontrolle in einem separaten Bericht und Antrag bewilligt. Dies auch auf Grund der OBT-Analyse. Und jetzt sollen wir so schnell nebenbei 2 Stellen bewilligen. So geht das doch nicht!

Lohnerhöhung

Fiko zum zweiten, auch hier unterstützen wir mehrheitlich deren Antrag. Die Mehrheit der CVP erachtet eine Lohnerhöhung von 0,5% als angemessen und ausreichend. Wir unterstützen auch, dass diese Lohnsumme an Mitarbeiter in den unteren Lohnstufen und vor allem wegen guten Leistungen ausbezahlt wird. Hier vertrauen wir auf die Beurteilung und das „Gspüri“ unseres Gemeinderates.

Die CVP wird einstimmig dem Budget 2010 mit einem Steuerfuss von 113% zustimmen.

Keller Thomas, FDP: Wir haben dies in der Fraktion FDP und Dorfteil Anglikon sehr intensiv und kontrovers diskutiert und wir unterstützen den Voranschlag knapp mehrheitlich. Was wir jedoch grundsätzlich vermissen im Budget, es bezieht sich eigentlich auf eine Motion, die am 16.08.2005 FDP, SVP, EVP und Freis Wohle eingereicht wurde, ist die Einführung einer professionellen Standortförderung. Alle Diskussionen, die wir jetzt führen über Ausgaben, führen wir nur, weil wir zu wenig Einnahmen haben. Wir müssen nun endlich mittelfristig schauen, dass wir Mehreinnahmen generieren und wir denken, dass dies nur über diese professionelle Standortförderung möglich ist. Es wäre wichtig, dass dies endlich eingeführt wird und dieser Posten ist auch dieses Jahr wieder im Budget inexistent, obwohl dies eine dringliche Motion gewesen wäre. Wir hoffen, dass dies im nächsten Jahr in Form eines Bericht und Antrages vom Gemeinderat kommt.

Sax Simon, Freis Wohle: Wir danken der Verwaltung für die Erstellung der umfassenden Unterlagen. Wir haben den Voranschlag eingehend in der Fraktion besprochen und haben zur Kenntnis genommen, dass die Eigenfinanzierung von 2,8 Mio. unter unseren Erwartun-

gen geblieben ist, die wir bei ca. 5 Mio. ansetzen. Wir sehen aber weder einen Spielraum für Steuerfusserhöhungen noch für –senkungen. Deshalb werden wir einstimmig den Steuerfuss von 113% im Sinne des Gemeinderates zustimmen.

Detailberatung

Seite 51, Konto 090.314.02 und 090.314.03

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Gemäss Finanzplan wissen wir, dass für das Gemeindehaus ein Gesamtkonzept für das Jahr 2010 vorgesehen ist. Wir haben uns in der Fraktion gefragt, ob es noch notwendig ist, dass man diese Unterhaltsarbeiten wie z.B. Malen der Büros der Bauverwaltung oder Ersatz des Teppichs ausführt. Sollte man zuerst das Gesamtkonzept abwarten und dann diese Arbeiten in der Gesamtrennovation integrieren?

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich kann diese Frage verstehen. Wir haben dieses Jahr eine Vorstudie für Fr. 30'000.—, wie es mit dem Gemeindehaus weitergehen soll, verzeichnet. Da ist alles offen. Wir wissen nicht, was der Einwohnerrat letztendlich machen wird, wenn wir diesen Bericht und Antrag unterbreiten. Wir haben bereits dieses Jahr die Büros der Finanzverwaltung gemalt. Das war kein Problem. Auch wurde bereits beim Steueramt gearbeitet. Jetzt wird bei der Bauverwaltung der Teppich herausgenommen. Wie gesagt, diese Arbeiten sind nötig und wir müssen etwas machen. Es gibt gerade beim Konto 314.02 riesige Posten, wie z.B. „Klimaanlage im Serverraum erneuern“. Das ist etwas, dass gemacht werden muss. Ein anderer grosser Posten ist eben das Malen in der Bauverwaltung. Es ist nötig, dass dies gemacht wird, aber man kann dies natürlich herausstreichen.

Gfeller Konrad, Präsident: Der Antrag der Fiko wurde eingereicht. Guido Benz kann sich melden, wenn er behandelt werden soll.

Benz Guido, CVP: Ich nehme an, dass wir die Löhne, wenn wir auf diese Seite kommen, besprechen und die Stellen der Polizei, wenn wir den Stellenplan besprechen.

Seite 53, Konto 101.431

Spörri Marlis, SVP: Bei den Erläuterungen steht, dass die Einnahmen an Ausweisgebühren ab 1. Mai 2009 entfallen. Sollte dann dieser Betrag nicht niedriger ausfallen?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es ist so, dass wir bei der Erstellung des Budgets noch nicht genau gewusst haben, wie das mit den neuen Reisepässen genau ablaufen wird. Wo wird was behandelt und welche Aufgabe hat die Gemeinde noch. Wenn Sie im Budget unter 318.01 und 318.02 auf der gleichen Seite schauen, sind die zwei Zahlen, die miteinander berücksichtigt werden müssen. Es betrifft die Erstellung der Dokumente. Man hat eine leichte Anpassung vorgenommen. Beim einen eine Senkung und beim anderen eine Erhöhung. Bei 431 (Gebühren) war man unsicher, man hat nicht gewusst, ob das wirklich heruntergehen muss und welche Amtshandlungen wir noch machen müssen. Deshalb hat man schlussendlich den Betrag vom Jahre 2010 drinnen gelassen und die Fr. 320'000.— budgetiert.

Stäger Urs, SVP: 110.301 Löhne, da durch den Antrag der Fiko erst Bericht und Antrag für die zwei neuen Stellen vorzulegen ist, ist dieser Posten um Fr. 200'000.- zu reduzieren

110.395 Soziallasten, da durch den Antrag der Fiko erst Bericht und Antrag für die zwei neuen Stellen vorzulegen ist, ist dieser Posten um Fr. 31'000.- zu reduzieren

110.306, Dienstkleider, dito Reduktion um Fr. 5'000.-

110.311 Anschaffung Mobilien, dito, Reduktion um Fr. 8'000.-

110.437 Polizeibussen, primäre Aufgabe der Polizei ist die Prävention. Es kann nicht angehen, dass die Politik jedes Jahr die Einnahmen um Fr. 100'000.- erhöht. Die Regionalpolizei sei deshalb zu verpflichten, hauptsächlich präventiv tätig zu sein und nicht hinter den Hecken Verkehrssündern aufzulauern.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie, diesen Antrag abzulehnen.

1. Zu den zwei neuen Stellen der Repol. Das ist das Resultat aus Planung, Erfahrung der Dienstbetriebe und der Diskussion mit den Verantwortlichen. Die Frage lautet: Wie bringt man eine Entlastung von Angestellten bei Wochenendpatrouillen und Pikett auf ein vernünftiges Masse. Was braucht es, um die vom Kanton geforderten Standards in ebenso vernünftigem Masse erfüllen zu können. Welcher Sollbestand der Mannschaft ist nötig, dass nicht immer Aufträge und Arbeiten aus Prioritätsgründen verschoben werden müssen. Die Diskussion ist auch in der Repol-Kommission, die besteht aus den Vertragsgemeinden, die sich ebenfalls finanziell beteiligen, geführt worden und diese stimmt einer Aufstockung der Repol um zwei Stellen zu. Der Mannschaftsbestand von zurzeit 10 Polizisten und einer Zivilangestellten ist an der absolut untersten Grenze. Das zeigt auch die Erfahrung mit dem neuen Polizeigesetz. Unsere Erfahrungen mit Dienstbetrieb und Dienstanfall zeigen, dass eine Aufstockung um zwei Stellen notwendig und auch vernünftig ist. Das ist unseres Erachtens der beste Ausgleich von Nutzen und Aufwand. Die Repol hat vor etwas mehr als fünf Jahren mit einem Mannschaftsbestand von 11 Mitarbeitenden begonnen. In der Zwischenzeit ist die Bevölkerungszahl im Repolgebiet gewachsen. Die Zahl der Aufgaben hat zugenommen. Wir sind von Gesetzes wegen und auch aus vertraglichen Gründen verpflichtet, die lokale Sicherheit zu gewährleisten. Um die Aufgaben umsetzen zu können, müssen auch die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
2. Zu den Polizeibussen: Ich möchte vor allem sagen, dass es eine Anpassung an die Rechnung 2008 ist. Es geht nicht darum, hinter Hecken zu stehen. Das ist eine Aufgabe, die die Regionalpolizei übernehmen muss und im Weiteren sind wir immer noch sehr bescheiden mit dem Bussenbudget, wenn man dies vergleicht mit anderen Regionalpolizeien.

Ich bitte Sie, die Anträge abzulehnen.

Benz Guido, Präsident Fiko: Falls die zwei Stellen herausgestrichen werden, müssen die entsprechenden Kosten bei den verschiedenen Konten herausgenommen werden. Ein Teil ist wahrscheinlich in diesen Konten, die Urs Stäger erwähnt hat. Es ist sinnvoll, jetzt das Thema zu behandeln.

Gfeller Konrad, Präsident: Wenn die zwei Stellen herausgenommen werden, dann müsste es so sein, dass ein separater Bericht und Antrag kommen wird. Das heisst, der Gemeinderat nimmt an, dass dieser bewilligt würde und das Geld müsste man ja wieder haben. Ist es nun sinnvoll, hier das Geld herauszustreichen und wieder einzusetzen? Urs Stäger will einfach generell Fr. 200'000.—weniger Lohn zahlen bei der Regionalpolizei. Habe ich das richtig interpretiert?

Stäger Urs, SVP: Dadurch, dass nicht zwei zusätzlich eingestellt werden, ja. Nicht bei den bestehenden die Löhne reduzieren. Das ist nicht die Meinung.

Gfeller Konrad, Präsident: Im Budget, so wie es jetzt ist, sind die 2 Stellen enthalten. Wenn der Bericht und Antrag kommt, entscheidet der Einwohnerrat, ob die zwei Polizisten angestellt werden sollen oder nicht. Wenn Ihr sie nicht anstellen wollt, wird der Betrag reduziert. Wir bestimmen zuerst über den Fiko-Antrag. Dann erübrigen sich die Fr. 200'000.— von Urs Stäger.

Benz Guido, Präsident Fiko: Es geht nicht nur um zwei zusätzliche Stellen, sondern es geht um die Repol. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass dieses Geschäft so wichtig ist, dass es nicht in der Voranschlagsdebatte untergehen darf. Die Finanzkommission will vermeiden, dass mit einer heutigen Genehmigung der zwei Stellen die Repol aus der Diskussion fällt. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat über die innere Verfassung der Repol, über deren Aufgaben und wie die Repol diese erfüllen will, umfassend informiert wird. Wenn ich jetzt fragen würde, was die einzelnen Einwohnerräte wissen über die Repol; bin ich fast sicher, dass da nicht sehr viel kommt, ausser die Aufgabenliste, die wir kennen.

Im Bericht zum Voranschlag wie im Nachtrag wird offen anerkannt, dass es starke Indizien für eine Aufstockung gibt. Eine eingehende Diskussion soll nicht nur zu einem Entscheid führen, der von möglichst allen getragen wird, sondern auch dazu beitragen, dass der Repol von allen Verantwortlichen höchste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sie können auch von einem Druck sprechen, der uns unverzichtbar erscheint.

Der Antrag der Finanzkommission lautet, die Erhöhung des Etats der Repol nicht im Rahmen des Voranschlages, sondern auf Basis eines Bericht und Antrages des Gemeinderates zu behandeln. Die zwei zusätzlichen Stellen im Voranschlag 2010 sind zu streichen. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission zu unterstützen.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie, den Antrag der Fiko nicht zu unterstützen. Die Notwendigkeit einer Erhöhung des Stellenetats ist im Budget klar begründet. Weitere Begründungen, die zeigen, dass die Stellenerhöhung quantitativ plausibel sind, wurden der Finanzkommission, den Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten nachgeliefert. Der Gemeinderat versteht die Fiko nicht ganz, schreibt sie doch in ihrem Bericht selber, dass sich die Begründungen plausibel anhören und auf einen Unterbestand hindeuten. Hier braucht es vielleicht auch ein wenig Glauben und Vertrauen. Auch in einem separaten Bericht und Antrag kann die nötige Stellenerhöhung nicht besser begründet werden. Ich versichere Ihnen, dass der Antrag für eine Stellenerhöhung sehr sorgfältig und genügend gefiltert wurde. Dies einerseits von der Repol-Kommission, bestehend aus Gemeinderäten von Vertragsgemeinden, die an die Mehraufwände zahlen, sowie vom Gemeinderat Wohlen. Die Vertragsgemeinden würden dieser Kostenerhöhung nicht zustimmen, wenn sie Sinn und Zweck nicht als notwendig erachten würden. Auch der Gemeinderat Wohlen beantragt nicht einfach eine Stellenerhöhung mit allen finanziellen Konsequenzen, wenn diese nicht notwendig wäre. Ebenfalls sind Verbesserungen, die die beiden Stellen bringen, in der Begründung im Budget enthalten. Ich darf Ihnen zudem versichern, dass sich die Reorganisation der Führung für alle Beteiligten positiv entwickelt hat. Die Stimmung ist gut, wir haben ein gutes Team. Das zeigt z.B. auch der Umstand, dass es

bereits Interessenten für die beiden Stellen gibt, sollten diese von Ihnen bewilligt werden. Auch die Zufriedenheit bei den Vertragsgemeinden mit der Arbeit der Repol ist gut, das wurde auch vor kurzem wieder bestätigt.

Benz Guido, Präsident Fiko: Ich möchte noch auf einen Umstand hinweisen. Wir werden immer mehr Probleme haben, dass wir über Kosten oder Organisationen berichten, bei welchen viele beteiligt sind. In dem Fall sind es 9 Gemeinden. Wir haben das auch verschiedentlich in der Fiko diskutiert. Da besteht eine bestimmte Gefahr, dass man das hier nicht so begutachtet. Wir waren uns dessen bewusst. Das passiert nicht mehr in der laufenden Periode. Aber man muss sich fragen, ob möglicherweise ein Fiko-Mitglied als Spezialmitglied nur solche Sachen anschaut. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Repol-Kommission auch auf etwas dürftigen Unterlagen basierend entschieden hat. Wenn ich richtig informiert worden bin, sind die einzigen Unterlagen die sie hatten, das was wir im Voranschlag haben. Das ist für mich ein Hinweis. Das ist kein Vorwurf sondern ganz generell. Wir müssen uns zusammenreissen, dass man solche Fälle genau anschaut. Das ist unter anderem auch ein Hintergrund, warum ich der Meinung bin, dass es sich lohnt, dies separat zu behandeln. Im Übrigen bin ich aber auch der Meinung, dass wenn alles vorhanden ist, es für den Gemeinderat überhaupt keine Mühe sein soll, rasch einen Bericht und Antrag zu erstellen. Von mir wird manchmal auch erwartet, dass ich das in einer Nacht mache. Von daher könnte es unter Umständen sein, dass ohne viel Zeitverzögerung, wenn der Einwohnerrat das genehmigt, dies auch angenommen wird.

Abstimmung

Der Gegenantrag der Fiko

Die Erhöhung des Etats der Repol nicht im Rahmen des Voranschlages, sondern auf Basis eines Bericht und Antrages des Gemeinderates zu behandeln. Die zwei zusätzlichen Stellen im Voranschlag 2010 seien zu streichen.

wird mit 33 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt

Gfeller Konrad, Präsident: Somit wäre der Antrag von Urs Stäger zu Konto 110.301 erledigt. Dann behandeln wir die weiteren Anträge.

Stäger Urs, SVP: Im Prinzip kann der zweitletzte Antrag „Reduktion der Position 110.319 Verbandsbeiträge“ massiver Aufschlag ganz gestrichen werden.

Gfeller Konrad, Präsident: Also die Anträge zu den Konten 110.306, 110.311, 110.316 sind gestrichen.

Toni Schürmann, Gemeinderat: Ich möchte zum Antrag betreffend Konto 110.319 gerne etwas sagen. Die Verbandsbeiträge wurden erhöht weil der VAG (Verein Aargauer Gemeindepolizeien) zu einem Verband umgebildet wurde. Das kostet einfach mehr Geld. Es ist ein sehr wichtiger Verband, der auch ausbildungsmässig für die Polizei da ist. Wenn Sie den Betrag streichen, dann sind wir da nicht mehr dabei. Ich bitte Sie wirklich, den Betrag nicht zu streichen. Das wäre nicht nachvollziehbar.

Stäger Urs, SVP: Das ist eine etwas pauschalisierte Aussage. Da möchten wir schon genauer wissen, was die Vorteile sind, dass man Verbandsbeiträge um mehr als das Doppelte hinaufsetzen kann.

Toni Schürmann, Gemeinderat: Der Verein übernimmt zum Beispiel Interessen der Gemeinde- bzw. Regionalpolizeien im Verhältnis zum Kanton. Da sind verschiedene Sachen enthalten, die sehr wichtig sind. Ausbildungsmässig wird einiges gemacht, das den Betrag mehr als rechtfertigt. Aber für weitere Begründungen möchte ich das Wort an den Chef der Repol, Marco Veil, weitergeben.

Veil Marco, Chef Repol: Die Verbandsbeiträge sind ein sehr wichtiger Posten. Es bestehen auch rechtliche Möglichkeiten für Polizisten, wenn sie ein Problem haben. Da wird nicht die Gemeinde tangiert, sondern es wird ebenfalls über den VAG gelöst. Sämtliche Instruktoren sind vom VAG. Das heisst, wenn das Geld nicht zur Verfügung steht, werden wir die Schiessausbildungen und Fahrtrainings nicht mehr absolvieren können. Das ist leider so. Der Verband wurde neu gegründet und deshalb wurden diese Beiträge erhöht. Sämtliche 17 Regionalpolizeien im Kanton Aargau, die dazugehören, müssen den Betrag bezahlen und haben dementsprechend auch die Möglichkeit, die Leute dort in die Ausbildung zu schicken. Momentan hat die Polizei Rheinfelden, das ebenfalls abgelehnt. Sie haben somit keine Möglichkeiten, innerhalb der VAG Ausbildungen absolvieren zu können.

Bertschi Bruno, SVP: Ich bin ja nicht unbedingt dafür, dass man das auf null reduziert. Das ist ein bisschen schwarz-weiss. Wenn man dies auf den Fr. 3'500.— stehen lassen würde, wie es bis jetzt war, könnte ich dem zustimmen. Aber ich kann auch keiner Beitragserhöhung um 100% zustimmen. Jetzt müsst Ihr Euch vorstellen: Herr Veil hat gesagt, ich glaube 17 Regionalpolizeien mal Fr. 7'500.--; da kommt einen Haufen Geld zusammen und das ist meines Erachtens nicht ganz in Ordnung. Ich möchte den Antrag stellen, dass man diese Position bei Fr. 3'500.— belässt, wie das bis anhin der Fall war.

Gfeller Konrad, Präsident: Müssen wir diese Anträge einander gegenüberstellen oder wird der Antrag von Urs Stäger zurückgezogen?

Stäger Urs, SVP: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Gfeller Konrad, Präsident: Weiter geht es noch um eine Reduktion der budgetierten Polizeibussen von Fr. 100'000.— beim Konto 110.437.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Die Polizeibussen sind angepasst an die Rechnung 2008. Das ist eine Budgethöhe, die sehr bescheiden ist. Andere Regionalpolizeien generieren ganz andere Bussenbeträge. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Benno Kohli, FDP: Ich gehe davon aus, dass unsere Mitbürger sehr gezähmt Auto fahren. Meiner Meinung nach muss die Unschuldsvermutung gelten und man sollte sehr zurückhaltend sein mit der Budgetierung von Bussen. Ich bin auch der Meinung, dass diese auf Fr. 400'000.— bleiben sollten.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Dieser Meinung bin ich nicht. Im Rahmen der Erarbeitung des Verkehrsrichtplanes hat man Geschwindigkeitsmessungen in den Quartieren durchgeführt. Diese haben gezeigt, dass immer noch grobe Überschreitungen passieren und deshalb ist es notwendig, dass man diese Geschwindigkeitskontrollen macht.

Benz Guido, CVP: Jetzt sind wir an dem Punkt, den ich eigentlich erreichen wollte mit unserem Antrag. Ich glaube, es ist illusorisch zu sagen, ob die Busse mit Fr. 300'000.—, Fr. 400'000.— oder Fr. 500'000.— richtig ist. Das interessiert mich eigentlich gar nicht. Wenn ich noch 100 runtergehe, dann geht's nachher rauf. Entscheidend ist, was sind die Aufgaben der Polizei? Wie nehmen sie das wahr? Was ist vernünftig? Hier müssen wir informiert werden. Das ist der wesentliche Punkt. Ich empfehle den Antrag abzulehnen.

Riedi Adrian, Grüne: Ich bin für Fr. 400'000.--. Aus einem Grund: Im Geschäftsbericht hat man gesagt, es sei auf 111 Kontrollen eingependelt und das wäre die Zahl von 2008. Es sollte schon das Ziel sein, dass man nicht sinnlos Bussen verteilt, sondern am richtigen Ort.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Eine Verständnisfrage: Wie muss man sich das vorstellen? Wie kommt die Zahl in der Rechnung zustande? Das ist ja eine Regionalpolizei, die auch in Villmergen Bussen verteilt, nicht nur in Wohlen. Sind das Bussen, die in Wohlen ausgestellt und bezahlt werden oder ist das über das ganze Verbandsgebiet verteilt? Und wird das dann wieder auf die Einwohnerzahl heruntergerechnet? Ich glaube, das könnte noch eine Rolle spielen.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Das ist etwas, das die ganze Repol angeht. Die Fr. 500'000.— sind nicht nur Geschwindigkeitsbussen, man muss das differenzieren. Geschwindigkeitsbussen gehen in die Gesamtrechnung hinein. Die einzelnen anderen Bussen werden auf die anderen Vertragsgemeinden verteilt. Das geht die anderen Vertragsgemeinden etwas an, sie sind auch davon betroffen. Ich bitte Sie, den Antrag nicht anzunehmen.

Es ist eine vernünftige Angelegenheit, es handelt sich um ein sehr bescheidenes Bussenbudget.

Stäger Urs, SVP: Ich möchte mehr Prävention. Mir ist klar, dass es Orte gibt, wo zu schnell gefahren wird. Ich möchte, dass die Polizei mehr präventiv wirkend tätig ist und nicht einfach den Radar aufstellt. Das kann es nicht sein.

Abstimmung

Der Antrag von Urs Stäger, SVP

Reduktion der Position 110.437 Polizeibussen um Fr. 100'000.--

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Gfeller Konrad, Präsident: Bruno Bertschi hat den Antrag gestellt, dass man die Verbandsbeiträge statt ganz streicht bei Fr. 3'500.— belässt. Der Gemeinderat hat das Wort.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Wenn Sie Verbandsbeiträge bezahlen müssen, müssen Sie nachher die ganzen Beiträge bezahlen und nicht nur die halben. Wenn Sie Mitglied sind bei einem Verband oder in einem Verein und dieser Fr. 50.— als Mitgliederbeitrag verlangt, können Sie nicht nur Fr. 20.—bezahlen. Dann sind Sie nicht mehr Mitglied. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Es ist ein Betrag, der sicher rentiert und gut investiert ist.

Kohli Benno, FDP: Die vorherigen Äusserungen von Toni Schürmann lassen mich darauf schliessen, dass das wahrscheinlich eher eine Polizeigewerkschaft als ein Verband ist. Ich bin auch dafür, dass man bei den Fr. 3'500.— bleibt. Ich glaube, die Unterstützung ist zwar gut, aber schlussendlich ist es nicht unsere Sache, Gewerkschaftsbeiträge zu bezahlen.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Es ist keine Gewerkschaft. Es ist ein Verband, Aargauische Gemeindepolizeien, die Ausbildungen anbietet, Instruktoren stellt etc. Je nachdem wird auch Rechtshilfe angeboten.

Meier Maja, Freis Wohle: Wir haben gehört, dass die Ausbildungen durch den Verbandsbeitrag ermöglicht werden. Wenn man aber den Posten 110.309.01 Ausbildungskosten Personal betrachtet, erhöht sich dieser auch? Da sehe ich ein Widerspruch. Auf der einen Seite macht man beim Verband mit, damit die Ausbildungskosten günstiger werden, aber bei unseren Posten sind sie trotzdem erhöht.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Bei den Ausbildungskosten Personal 309.01 gehe ich davon aus, dass die Erhöhung der Fr. 3'000.—auch mit den zwei Stellenerhöhungen zu tun habt, falls zwei Polizisten mehr angestellt wären, da dadurch auch mehr Ausbildungskosten anfallen würden.

Bächer Andy, CVP: Jetzt habe ich ein grosses Problem, weil ich nicht mehr ganz folgen kann. Urs Stäger hat einen guten Ansatz gebracht. Er hat viele Kürzungsanträge gestellt, weil wir im Moment zwei Stellen nicht bewilligt haben.. Ich bin der Meinung, wenn wir diese zwei Stellen nicht bewilligt haben, gehen wir zurück auf den Aufwand 2008. Das wäre meines Erachtens der einfachste Lösungsweg.

Zum Verbandsbeitrag: Entweder bin ich Mitglied, bezahle meinen Beitrag oder ich bin nicht Mitglied und bezahle keinen Beitrag. Grundsätzlich geht es darum, ob ich Mitglied sein will oder nicht. Ich habe von Toni Schürmann und Marco Veil gehört, dass Personal ausgebildet wird, Schiessausbildung absolviert werden können etc. Wir können das nachher auch machen, davon bin ich überzeugt. Aber dann bezahlen wir es. Und am Schluss bezahlen wir mehr als Fr. 7'500.--. Ich meine, wenn wir hier dabei sind, und wir sollten dabei sein, sollten die Fr. 7'500.—Verbandsbeiträge bezahlt werden.

Stäger Urs, SVP: Ich habe das Gefühl, dass hier ein wenig ein „Mischmasch“ gemacht wird. Ich glaube nicht, dass dies der Verband macht, oder er macht es und verrechnet es zusätzlich. Offensichtlich hat der Verband doch teilgewerkschaftliche Funktionen.

Benz Guido, CVP: Es gibt keine halben Verbandsmitgliedschaften. Ich finde es gut, wenn die Repol Mitglied in diesem Verband ist. Die anderen Kosten, welche vorhin erwähnt wurden, können nicht genehmigt werden.

Keller Thomas, FDP: Wir haben von Herrn Veil gehört, dass der Verband notwendig ist, aber was wir nicht gehört haben, ist, warum die Verbandsbeiträge auf einmal doppelt so hoch sind wie letztes Jahr. Gibt es dazu eine Antwort?

Veil Marco, Chef Repol: Ich habe gesagt, das war vorhin ein etwas „lockerer Verein“, gegründet vor ca. 20 Jahren. Man hat sich ab und zu getroffen, gewisse Sachen besprochen, es war nichts Professionelles. Langsam kam man dazu, dies zu strukturieren, vor allem auch damit man für die Gemeindepolizeien etwas tun kann. Es kamen immer mehr dazu, wie auch die Stadtpolizeien Brugg und Aarau. Dieses Jahr hat man sich entschlossen, einen Verband zu machen, der entsprechende Statuten hat. Das heisst, wir werden uns weniger dem Kanton anschliessen müssen, um gewisse Ausbildungen zu absolvieren, sondern sie werden direkt von der VAG organisiert. Das Problem ist, dass unsere Instrukturen noch nicht auf dem gleichen Stand sind wie die des Kantons. Diese werden nun geschult. Das sind nun die Beiträge, wofür wir bezahlen müssen. Das sind wiederkehrende Beiträge, die drinnen sind. Es gab leider mal einen Fall bei einer Regionalpolizei, bei dem eine Drittperson, ein Zivilist, der bei einer Fesselung gestorben ist. Das gab wüste Gerichtsverhandlungen und ich denke, ich muss Ihnen, vor allem den Juristen, nicht erklären, was das kostet. Das übernimmt ebenfalls der VAG. Es besteht eine rechtliche Grundlage, die die Polizisten vertritt.

Kohli Benno, FDP: Ich glaube, den Aspekt, den Herr Veil nun gebracht hat, beweist tatsächlich, dass eine juristische Betreuung eigentlich eine gewerkschaftliche Aufgabe ist. Für mich ist nun ziemlich klar, dass dieser Verband gewerkschaftliche Aufgaben wahrnimmt.

Abstimmung

Der Antrag von Bruno Bertschi, SVP

Position 110.319 sei von den Fr. 7'500.— auf Fr. 3'500.— zu reduzieren.

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 57 Konto 140.427

Lanz Christian, SVP: Was sind das für Parkplätze; wo befinden sie sich und an wen sind sie vermietet?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Die Parkplätze sind bei der Feuerwehr hinter dem Feuerwehrgebäude ganz am Rand. Es sind sechs Parkplätze und vermietet an ein Wohler Transportunternehmen.

Seite 58 Konto 150.452

Meier Maja, Freis Wohle: Freis Wohle/EVP hat im Jahre 2009 den Antrag gestellt, den Betrag auf Fr. 20'000.— zu erhöhen. Wir verlangten eine Vollkostenrechnung. Ich möchte nachfragen, ob dies gemacht wurde. Weil wieder Fr. 20'000.— verzeichnet sind, müsste dies eigentlich so sein.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Die Vollkostenrechnung wurde so nicht gemacht. Man hat die Fr. 20'000.— so übernommen. Es wäre aber auch schwer, eine Vollkostenrechnung zu machen, weil die Aufwendungen zum Teil nicht genau eruiert werden können.

Seite 71 Konto 237.314.02

Lanz Christian, SVP: Ersatz Brandmeldeanlage 19'000.—, Ersatz Hubarbeitsbühne 24'200.— Sanierung Hallentrennwände 39'000.—, Betonsanierung Tiefgarage Aussentreppe 39'000.—. Sind das wirklich dringendst notwendige Arbeiten?

Becker Doris, Gemeinderätin: Es ist tatsächlich so, dass all diese Posten wirklich notwendig sind. Wir haben dies durchgekämmt und es waren noch mehr Sachen, die hier erwähnt wurden. Zu den Fr. 24'200.—, Ersatz Hubarbeitsbühne: Das ist nicht ganz korrekt, wir hatten bis jetzt nur ein Rollgerüst. Wir können nicht mehr verantworten, dass die Leute dort oben arbeiten (Fenster putzen, Reparaturen ausführen). Handwerker sagten, sie weigern sich, das Rollgerüst zu besteigen. Alles andere steht nun mal an. Das sind grosse Posten und wir müssen dies machen, wir haben keine andere Wahl.

Lanz Christian, SVP: Wir stellen Antrag, den Budgetposten 290.365.03 von Fr. 20'000.-- im Voranschlag 2010 gänzlich zu streichen und dem Projekt Tool Box zuzuführen.

Begründung: Mit dem neuen Projekt Tool Box, das uns erhebliche Mehrkosten bringt und die Punkte Integration/Migration enthält, ist somit der Verein „Lernen im Quartier“ nicht mehr zu unterstützen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bitte Sie, dem Antrag von Christian Lanz nicht zuzustimmen, weil Tool Box und lernen im Quartier so miteinander nichts zu tun haben. Der Verein „Lernen im Quartier“ hat den Gemeinderat angefragt, ob er den Beitrag erhöhen könnte, weil das Angebot grösser ist und es auch sehr gefragt ist. Der Gemeinderat hat sich überzeugen lassen, dass dies eine nötige Massnahme ist, solch niederschwellige Deutschkurse anzubieten. Der Gemeinderat ist auch überzeugt, dass es schlussendlich der Bevölkerung und der Gemeinde wieder zu Gute kommt, wenn Leute, dadurch dass sie sprechen und sich ausdrücken können, viel besser integriert sind. Es ist so, dass Tool Box ein anderes Projekt ist, das vom Bund initiiert wurde. An der letzten Sitzung haben wir dies behandelt und das hat mit Sprachkursen in dem Sinn nichts zu tun. Die Sprachkurse werden über ein anderes Budget vom Bund, Kanton und auch von der Gemeinde Wohlen mitfinanziert. Selbstverständlich auch von denen, die diese Deutschkurse besuchen. Aus diesem Grund ist es nicht sinnvoll, wenn man diesen Betrag aus dem Budget streicht, denn dann wäre „Lernen im Quartier“, so wie wir es heute kennen, nicht mehr möglich in Wohlen.

Hübscher Bertha, EVP: Ein paar Worte zum „Lernen im Quartier“. Dort wird nicht nur die Sprache gelernt, sondern den Frauen wird auch z.B. die Abfallbeseitigung beigebracht.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe mich zu dem Verein auch schon gemeldet. Wenn man in ein fremdes Land geht, muss man die Sprache lernen. Ich könnte Ihnen aus der Einbürgerungskommission Leute zeigen, die bereits seit 12 Jahren in der Schweiz sind und kein Wort Deutsch können. Ich kann nicht verstehen, dass dies die Öffentlichkeit noch finanzieren muss. Wenn ich ins Ausland gehe und eine Sprache lernen will, muss ich in eine Schule gehen. Ich unterstütze den Antrag von Christian Lanz vollumfänglich, dass man dies endlich streicht.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich kann dies ein Stück weit nachvollziehen. Wenn ich ins Ausland gehe, denke ich auch, dass ich die Sprache lernen muss. Aber das Problem ist ein wenig anders. Es ist so, dass man in der Schweiz eine Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligung haben kann, ohne Deutsch sprechen zu können. Wir haben das Problem, dass die Sprachkompetenz gefördert und gesteigert werden muss. Denken Sie daran. Es ist ein niederschwelliges Angebot, das wir aufbauen. Vor allem auch Mütter, die ihre kleinen Kinder mitnehmen können. Ich kann Ihnen versichern, dass jede Kindergärtnerin sehr froh ist, wenn die Kinder in den Kindergarten kommen und bereits Deutsch können. Es ist ein Problem, dass wir auf der Stufe der Gemeinde Wohlen lösen müssen, weil wir dieses Problem haben. Wir können dies nicht wegdiskutieren. Deshalb bin ich der Meinung, dass das Geld gut investiert ist.

Perroud Arsène, SP: Der Antrag von Christian Lanz ist so nicht machbar. Ich spreche hier als Teilverantwortlicher des Projektes Tool Box. Der Bund und Kanton finanzieren über das Projekt keinen einzigen Sprachkurs mit. Das ist ein anderes Schwerpunktprogramm, woraus das finanziert würde. Wenn man den Vorschlag so wie Christian Lanz das will, annehmen würde, würde der Bund resp. Kanton die Beiträge für das Projekt Tool Box um diesen Betrag kürzen. Es funktioniert so nicht, weil es unterschiedliche Schwerpunkte sind.

Meier Maja, Freis Wohle: Bruno Bertschi hat gesagt, gratis Sprachkurse besuchen: Ist es nicht so, dass diese etwas zahlen müssen?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Doch, sie zahlen an die Kurse. Ich weiss im Moment den Betrag nicht, den man pro Mal bezahlt. Aber es muss von der Person, die den Sprachkurs belegt, ein Beitrag einkassiert werden. Das ist sicher.

Abstimmung

Otto Erb ist abwesend

Der Antrag von Christian Lanz, SVP

Den Budgetposten 290.365.03 von Fr. 20'000.— im Voranschlag 2010 gänzlich zu streichen.

wird mit 8 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 73 Konto 300.311.01

Lanz Christian, SVP: Wir stellen Antrag, den Budgetposten 300.311.01 Ankauf von Bildern und Plastiken von Fr.5'000.— gänzlich zu streichen, bis das Lager abgebaut ist.

Begründung: Im Archiv der Gemeinde Wohlen befinden sich bereits unzählige Bilder und Plastiken die wieder einmal Tageslicht sehen möchten oder auf einen abtretenden Gemeinderat warten, der als Geschenk einen dieser Gegenstände aus dem Keller holt. Es ist eine unnötige Ausgabe.

Müller Christian, Gemeinderat: Das Thema kommt alle Jahre wieder und alle Jahre wieder sage ich es. Ich finde es ein wenig betrüblich, wenn von Gegenständen gesprochen wird. Es ist Kultur, die gekauft wird und von Künstlern gemacht wurde. Ich glaube mit diesen Fr. 5'000.— ist die Gemeinde Wohlen sehr bescheiden. Es werden vereinzelt Bilder gekauft, nicht mal von allen Ausstellungen. Und ich glaube, die Bilder sind nicht verstaubt, denn der Grossteil der Bilder, die in den letzten Jahren gekauft wurden, verschönern die Büros oder sie hängen in der Schule. Der Einwohnerrat das hat verlangt, er hat ein Inventar erhalten, es sind alle inventarisiert. Ich bitte Sie, auch für Wohlen, lassen Sie die Fr. 5'000.— stehen. Das ist ein sehr bescheidener Betrag.

Abstimmung

Der Antrag von Christian Lanz, SVP

Budgetposten 300.311.01 Ankauf von Bildern und Plastiken von Fr. 5'000.— gänzlich zu streichen

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Riedi Adrian, Grüne: Ich stelle den Antrag, den Beitrag an die Ludothek Wohlen von Fr. 16'000.— auf Fr. 18'000.— zu erhöhen. Grund: In der Ludothek arbeiten zurzeit 12 Frauen freiwillig über 2000 Stunden jährlich. Die Miete der Lokalität übersteigt momentan den Beitrag der Gemeinde. Damit die Gebühren weiterhin tiefgehalten werden können und das Angebot (Ausleihe von Spielen, etc.) beibehalten werden kann, bitte ich um Zustimmung für eine Beitragserhöhung auf Fr. 18'000.—.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Bei all diesen Posten stehen Organisationen im Hintergrund. Es sind ganz initiative Frauen, die sich diesem annehmen. Sie sind eine Abteilung im gemeinnützigen Ortsverein und die Gemeinde Wohlen behandelt deren Budgetanträge. Vorhin hatten wir einen solchen, nämlich vom Verein „Lernen im Quartier“. Diesmal hatten wir keinen von der Ludothek. Wenn die Ludothek ein Problem hat im Finanzbereich, nehme ich an, wendet sie sich an den Gemeinderat Wohlen für die nächste Budgetierung. Dann wird in einem Jahr wieder über dieses Thema diskutiert. Ich bitte Sie aus dem Grund, den Antrag abzulehnen. Der Gemeinderat will nicht einfach von sich aus den Beitrag erhöhen.

Abstimmung

Der Antrag von Adrian Riedi, Grüne

Der Beitrag an die Ludothek Wohlen ist von Fr. 16'000.— auf Fr. 18'000.— zu erhöhen

wird mit 4 Ja-Stimmen zu 29 Nein und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Christian Lanz, SVP: Welche Türe ist hier gemeint? Da unsere Eingangstüre unten bereits automatisch ist – wir haben nur eine.

Becker Doris, Gemeinderätin: Das ist richtig. Mir hat die Bauverwaltung gesagt, dass man diese nachrüsten muss. Sie entspricht nicht mehr den Normen und zwar sind das Brandschutzauflagen.

Stäger Urs, SVP: Wir haben einen Posten mit Fr. 20'000.— für die Rutschbahn. Ist das die Rutschbahn, die von der Ortsbürgergemeinde gespendet würde?

Becker Doris, Gemeinderätin: Das ist die Rutschbahn beim Nichtschwimmerbecken. Es ist also nicht diejenige der Ortsbürger, soweit ich das in Erinnerung habe.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Auf Seite 78 kommen nun auch die zusätzlichen Fr. 20'000.—, über die wir bereits gesprochen haben, Konto 342 wird neu geführt, 318.02 Konzept Sanierungsprojekt Fr. 20'000.—, die Unterlagen haben sie entsprechend erhalten. Diese werden nicht nur für das Schwimmbad gebraucht, sondern auch für die Kunsteisbahn.

Kohli Benno, FDP: Die Fr. 20'000.— finde ich zwar sehr sinnvoll. Frage: Sollen die auch für die Durchführung des Wettbewerbes gebraucht werden oder auch für die Vorbereitung?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Das ist nur für die Vorbereitungen. Wir werden nachher an den Einwohnerrat gelangen mit einem Bericht und Antrag und Ihnen dies vorstellen. Das ganze ist gerechnet in drei Phasen:

1. Vorbereitung
2. Projektierungskredit von Ihnen
3. Ausführungskredit

Seite 79 Konto 343.314.02

Steiner Landert Judith, SVP: Man hat in den Jahren 2007 und 2008 je Fr. 53'000.— gebraucht. Es handelt sich insbesondere um den Rasenunterhalt, Spielfeld-Hauptplatz und Trainingsfeld. Hat man Sponsoringmöglichkeiten für die Rasenflächen geprüft?

Becker Doris, Gemeinderätin: Nein, das hat man nicht geprüft. Wir haben aber einen Vertrag über drei Jahre und dort erhalten wir immer 10% von dem, was wir investiert haben wieder retour. Das wird immer den Niedermatten gutgeschrieben.

Steiner Landert Judith, SVP: Darf ich eine Anschlussfrage stellen. Warum haben wir nun Fr. 90'000.--? Das sind über Fr. 30'000.— mehr als man in den letzten zwei Jahren benötigt hat.

Becker Doris, Gemeinderätin: Es hat ganz sicher etwas damit zu tun, dass Fr. 16'900.— erhalten sind für den Graffiti-Schutz, den wir erneuern müssen und zwar an allen drei Gebäuden.

Seite 83 Konto 542

Bertschi Bruno, SVP: Wir haben am 16. Januar 2007, es geht vor allem Paul Huwiler an, eine Motion eingereicht und auch überwiesen, wo wir verlangt haben, dass dieses Kinderhaus an eine private Institution übergehen soll. Ich zitiere aus dem Einwohnerratsprotokoll vom 15. Oktober 2007. Da hat Paul Huwiler auf eine Frage von Judith Steiner Landert folgende Antwort gegeben: *Die Vorbereitungen sind eingeleitet worden, wir sind dran, und das nächste Jahr (2008) wird das Jahr des Schicksals werden, wo dies umgewandelt wird. Wir sind daran, die Umwandlung in eine privatrechtliche Organisation vorzunehmen. Es braucht etwas Abklärungsarbeit und es braucht etwas Beratungsarbeit dazu.* Wir warten immer noch sehnlichst auf diesen Schicksalsschlag.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Es ist tatsächlich so, dass die ganze Angelegenheit länger gedauert hat, als dass ich dies mir am Anfang vorgestellt habe. Es ist auch viel komplizierter als gedacht. Die Kommission Chinderhuus hat in der vergangenen Zeit intensiv daran gearbeitet. Wir haben sehr viel Grundlagenarbeit leisten und Vergleichszahlen zusammenbringen müssen. Was sich ebenfalls herausgestellt hat, ist, dass diese Milizkommission nicht in der Lage ist, den Bericht und Antrag selber zu formulieren. Aus diesem Grunde bin ich an den Gemeinderat gelangt und habe mir vor den Herbstferien bewilligen lassen, dass ich von den Sozialen Diensten Unterstützung erhalte, um diesen Bericht und Antrag fertigzustellen. Es geht einfach nicht, dass diese Kommission den Bericht und Antrag alleine „usem Bode cha usestampfe“. Ich bin immer noch zuversichtlich, dass wir in dieser Legislatur die Arbeiten soweit voranbringen, dass sie eigentlich zu Ende sind. Mein Ziel ist es nach wie vor, die Privatisierung zustande zu bringen. Es ist einfach so, dass wir niemanden ha-

ben, der das Delquel einfach so übernimmt. Dazu muss man zuerst die Grundlagen erarbeiten, damit man nachher über Leistungsvereinbarungen überhaupt in der Lage ist, mitfinanzieren zu können. Ich denke, es wird nicht so sein, dass der Betrag Chinderhuus ganz aus dem Budget Wohlen verschwinden wird. Nachher wäre es ein Kinderhaus für Leute, die den Vollkostenbetrag bezahlen können und wollen. Das ist nicht die Idee, dass wir ein solches Kinderhaus betreiben, sondern wir haben sehr viele Plätze auch von den Sozialen Diensten, die wir brauchen, damit z.B. alleinerziehende Frauen ihre Kinder dort abgeben können, wenn sie arbeiten. Wir brauchen Unterstützung in einer Art und Weise.

Seite 83 Konto 540.365.02

Spörri Marlis, SVP: Wir beantragen den Betrag um Fr. 10'000.— auf Fr. 6'000.— zu kürzen, aufs Niveau Rechnung 08.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Die Erhöhung ist in diesem Jahr neu hineingekommen. Es war genau so ein Antrag, wie ich vorhin erwähnt habe, vom gemeinnützigen Frauenverein. Dieser hat den Antrag gestellt, da sie nicht mehr in der Lage sind, mit dem bisherigen Betrag das Angebot aufrecht zu erhalten. Es ist auch hier so, dass diese Mittagessen bloss subventioniert sind. Diese Essen sind also kostenpflichtig für die Leute, die den Mittagstisch in Anspruch nehmen. Was man auch wissen muss: Es ist nicht einfach ein Abgeben des Menus und Verpflegen von Kindern. Es geht auch darum, Betreuung zu gewährleisten in dieser Zeit, weil es doch in der Regel Kinder sind, die in den unteren Klassen angesiedelt sind. Es gibt Leute hier im Saal wie Maja Meier, die wahrscheinlich noch viel genauer Auskunft geben können, weil sie ehrenamtlich dort mitarbeiten.

Abstimmung

Der Antrag von Marils Spörri, SVP

Den Betrag um Fr. 10'000.— auf Fr. 6'000.— zu kürzen auf das Niveau Rechnung 2008

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 84 Konto 361.03

Steiner Landert Judith, SVP: Gibt es dazu eine Gesetzesgrundlage?

Külling Harold, Vizeammann: Ja, es gibt eine gesetzliche Grundlage. Wenn ich nicht irre gibt es eine in der Strafprozessordnung. Ich weiss nicht genau, wo es steht, aber es gibt eine. Bei uns muss die Repol einschreiten wenn solche Fälle von häuslicher Gewalt passieren.

Steiner Landert Judith, SVP: Wir hatten die letzten zwei Jahre „null“ drinnen. Ist es eine neue gesetzliche Grundlage?

Bertschi Bruno, SVP: Wenn da die Repol involviert ist, warum ist das unter der allgemeinen Fürsorge aufgeführt? Ist doch eine Aufgabe der Repol?

Külling Harold, Vizeammann: Da muss ich den Ball nach hinten spielen. Ich weiss nicht, ob der Finanzverwalter oder der Chef der Sozialen Dienste das beantworten kann.

Spillmann Urs, Chef Soziale Dienste: Es gibt ein Schreiben, das uns der Kanton am 14. Mai zugestellt hat und da sind die Gemeinden verpflichtet, dass sie künftig den Kostenanteil nach ihren Einwohnern bezahlen müssen. Das ist der Kostenanteil, der Wohlen künftig bezahlen muss.

Seite 91 Konto 721.318.12

Gregor Ariane, CVP: Ich würde zu diesem Konto gerne mehr wissen. Es handelt sich doch um einen Betrag von Fr. 25'000.--.

Müller Christian, Gemeinderat: Der Umweltschutzbeauftragte macht ein Konzept. Wir wollen versuchen, nächstes Jahr (man wollte es eigentlich bereits dieses Jahr) in Zusammenarbeit mit der Polizei eine Kampagne zu machen, vor allem möchten wir auf die Jugendlichen zugehen, und das kostet Geld. Ich kann Dir aber noch nicht mehr sagen. Wir sind erst an der Erarbeitung des Konzeptes.

Seite 92 Konto 740.314.01

Spörri Marlis, SVP: Wir beantragen den Betrag von Fr. 37'000.— auf Fr. 10'000.— zu kürzen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Mit welcher Begründung?

Spörri Marlis, SVP: Die Rechnung vom letzten Jahr war Fr. 9'349.--. Nun ist es Fr. 37'000.--.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich kann vorlesen, um was es hier geht: Wir haben einen minimalen Unterhalt in der Abdankungshalle von Fr. 4'000.--. Vielleicht brauchen wir das Geld vielleicht nicht. Servicearbeiten Fr. 2'000.--, Unterhalt der Wege Fr. 2'000.--, Ankäufe und Reparaturen Fr. 5'000.--, Bepflanzung der Gärtnerei Donat AG Fr. 15'000.--, Baumpflege Fr. 3'000.--, Nachführung Belegungsplan digital Fr. 1'000.— und Ersterfassung Grabbelegung Fr. 5'000.--. Das gibt zusammen Fr. 37'000.--. Ich wüsste nicht, wo ich hier etwas streichen sollte.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Jedes Jahr heisst es: Hier noch für die EDV Fr. 50'000.—mehr, dort noch eine Stelle mehr für die EDV und dann sehen wir hier Fr. 10'000.—für den Belegungsplan, der ja auch wieder mit der EDV gemacht wird. Es kann ja nicht sein, dass man jedes Jahr mehr ausgibt für die EDV. Teilweise mit Bericht und Antrag, teilweise über das Budget. Wo ist eigentlich der Einsparungseffekt der EDV? Den sehen wir überhaupt nicht. Man muss aufpassen, dass man keine makabren Sprüche macht, das ist mir schon auch klar, aber jeder Sparantrag wird abgetischt. Fr. 20'000.— kann man hier sparen, ohne dass man jemandem konkret weh macht. Auch mit Blick auf die neue Anlage. Der Unterhalt und die Bäume etc. sind nicht betroffen. Wir müssen den Hobel irgendwo ansetzen. Das habe ich vorhin aus dem Votum des Fiko-Präsidenten schon gehört. Es ist ja bedenklich, dass sich die Fiko die Mühe nicht mehr nimmt, Sparpositionen zu suchen. Ich musste mich beinahe schämen für das Parlament, eigentlich seit 2 Stunden. Man tut immer so, als ob man nicht kann. Das ist eine Position, bei welcher man kann, bei welcher es wirklich problemlos geht. Es ist nur die Frage, haben wir den Willen einmal Nein zu sagen zu den Erhöhungsanträgen oder haben wir ihn nicht. Ich bezweifle, dass der Wille hier drinnen vorhanden ist.

Abstimmung

Der Antrag von Marlis Spörri, SVP

Den Betrag von Fr. 37'000.— auf Fr. 10'000.— zu kürzen

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 95 Konto 780.318.07

Stäger Urs, SVP: 780.318.07 Label Energiestadt, dieser Betrag ist ersatzlos zu streichen, da für das Dorf Wohlen kein Nutzen ersichtlich ist. Dass heute energiesparend renoviert und gebaut wird, ist selbstverständlich und kann ohne dieses Label realisiert werden. Der einzige Zweck dieses Vereins ist die eigene Kasse zu füllen.

Müller Christian, Gemeinderat: Es ist klar, dass ich mich dagegen wehre. Ich glaubte, auch wenn wir keine „Stadt“ sind, tut es dem Dorf Wohlen gut, das Label Energie zu haben. Wir sind sehr froh und auch stolz darauf und der Betrag wurde nun erhöht, weil wir das nächste Jahr das erste Mal die Zertifizierung haben. Bitte lassen Sie den Betrag im Budget drin.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich war dazumal kein Fan des Labels Energiestadt. Ich möchte aber als Gemeinderat noch anfügen, dass wir im Finanzplan eine Aufführung gemacht haben von den Massnahmen, die zusammengestellt wurden. Auf Seite 9 gehen wir sogar noch einen Schritt weiter, wir gehen in Richtung silberne Energiestadt und möchten soweit gehen, dass wir im Jahre 2020 das Gold-Label erreichen können. Wir bitten Euch selbstverständlich, solche Erhöhungen nicht zu streichen, sonst können wir den Schritt nicht machen. Ein wichtiger Schritt für die Zukunft in Richtung Energienutzung.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Partei und Fraktion würde beliebt machen, dass man das Gold-Label beim Steuerfuss holt und nicht bei der Energiestadt.

Kohli Benno, FDP: Ich bin für ein Goldlabel bei der Energiestadt. Ich finde aber, Wohlen ist für das nicht würdig, wenn wir nur partiell bei gewissen Baugesuchen die Energiegrundlagen prüfen. Dann haben wir das Energiestadtlabel gar nicht verdient und bin deshalb dafür, dass man dies herausstreicht.

Abstimmung

Der Antrag von Urs Stäger, SVP

Der Betrag ist restlos zu streichen, da für das Dorf Wohlen kein Nutzen ersichtlich ist

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 97 Konto 830.365.02

Gregor Ariane, CVP: Wir haben ja gehört, dass sich der Verkehrsverein aufgelöst hat. Dieser übernahm jeweils die Weihnachtsbeleuchtung. Die Gemeinde hat auch einen Teil mitfi-

nanziert. Der Verkehrsverein übernahm Fr. 34'000.--. Wer übernimmt diesen Betrag nun? Muss man einen Antrag stellen? Oder gibt es keine Weihnachtsbeleuchtung?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wie Sie der Zeitung entnehmen konnten, ist gesichert, dass dieses Jahr die Weihnachtsbeleuchtung aufgehängt wird. Dadurch dass sich der Verkehrsverein nun auflöst, wird er seine Mittel bis Ende Jahr zur treuhänderischen Aufbewahrung übergeben. Anschliessend gehört auch die Weihnachtsbeleuchtung dazu. Hier muss eine neue Lösung gefunden werden. Schlussendlich liegt es an Ihnen, die Weihnachtsbeleuchtung für das Jahr 2010 mittels Bericht und Antrag zu sichern.

Seite 97 Konto 840.318

Kohli Benno, FDP: Ich schlage vor, dass man den Betrag von Fr. 25'000.— auf Fr. 100'000.— erhöht. Es kann nicht sein, dass eine Gemeinde wie Wohlen die Standortförderung so vernachlässigt. Ich möchte an die Motion vom 16. Mai 2008 erinnern, bis jetzt ist nichts passiert. Ich möchte Euch beliebt machen, dass wir im nächsten Jahr „Gas geben“ und der Gemeinderat einen Auftrag erhält. Mit der Erhöhung dieses Budgetpostens wäre der Auftrag klar. Bitte stimmen Sie zu, dass wir Fr. 100'000.— ausgeben, damit sich Wohlen präsentiert und wir am Schluss wieder etwas zurückerhalten.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir möchten, dass Sie dem Antrag nicht zustimmen. Die Fr. 25'000.— haben wir ja bereits für das Jahr 2009 auf diesen Betrag erhöht und uns fehlt schlichtweg das Konzept, was wir mit diesen Fr. 100'000.— zurzeit machen sollen. Sie können uns nicht konzeptlos Geld geben und bei irgendeiner Position einsetzen.

Stäger Urs, SVP: Wir haben es soeben gehört. Der Gemeinderat ist konzeptlos. Was macht er denn mit den Fr. 25'000.—, wenn er konzeptlos ist? Grundsätzlich kann ich die Gedankengänge von Benno Kohli sehr gut nachvollziehen und unterstütze diese auch. Ich hoffe nur eines: Dass nicht das wieder passiert, was früher schon mal war und man das Geld dem FC Wohlen schickt.

Keller Thomas, FDP: Ich bitte Sie, den Antrag von Benno Kohli zu unterstützen. Vielleicht motiviert das unseren Gemeinderat, die dringliche Motion 11104 vom Mai 2008 zu realisieren. Vielleicht kommt ihm etwas in den Sinn, wenn das Geld vorhanden ist. Eventuell kann er die Antwort schon geben, ob in diese Richtung bereits etwas läuft.

Benz Guido, CVP: Nun kehren wir den Eimer um: Auf der einen Seite wollen wir im Budget nichts haben, worüber wir nicht informiert sind. Auf der anderen Seite kommen wir nun und geben Fr. 80'000.— dazu. Ich verstehe Eure Sorge und ich teile diese. Meine Frage an den Gemeinderat: Wann wird aktiv auf diese Motion reagiert? Es müsste wahrscheinlich einen Bericht und Antrag geben. Bis wann haben wir Bericht und Antrag?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Nein, wir sind überhaupt nicht konzeptlos, das möchte ich von uns weisen. Wir haben sehr wohl ein Konzept. Im Finanzplan 2009 – 2013, sind x-Wirkungsziele, x-Massnahmen, x-Indikatoren aufgeführt. Ich muss aber gestehen, dass wir für den Bereich Standortmarketing kein Konzept vorlegen können, welches verhält. Es ist auch nicht das Ziel, dass wir das im Jahre 2009 noch erledigen. Es ist zurzeit kein Bericht und Antrag in der Pipeline, welchen wir versprechen können. Die Schwierigkeit ist erkannt, die Umsetzung ist noch nicht so weit.

Bertschi Bruno, SVP: Der Gemeinderat benützt ja jede Gelegenheit, um einen Vergleich mit anderen vergleichbaren Gemeinden anzustellen. Er soll von den Fr. 25'000.— Fr. 5'000.— nach Baden schicken. Dort ist eine fähige Dame, die letztes Jahr 64 neue Firmen nach Ba-

den gebracht hat. Dass wir nicht 64 neue Firmen nach Wohlen bringen, ist klar. Wenn es nur 5 sind, wäre das bereits gut.

Abstimmung

Der Antrag von Benno Kohli, FDP

Der Budgetposten soll von Fr. 25'000.— auf Fr. 100'000.— heraufgesetzt werden

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 97 Konto 830.365.01

Lanz Christian, SVP: Wir stellen Antrag, den Budgetposten 830.365.01 Beitrag Verkehrsverein Fr. 10'000.— gänzlich zu streichen.

Begründung: Der Verkehrsverein Wohlen besteht leider nicht mehr und somit ist auch die Regelung und Finanzierung der Weihnachtsbeleuchtung in Frage gestellt.

Der Gemeinderat wird ersucht eine Lösung zu finden, evtl. allfällige Sponsoren, z.B. IB Wohlen AG, wie es auch für den FC Wohlen möglich ist.

Paul Huwiler, Gemeinderat: Wir sind einverstanden. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war er noch nicht aufgelöst, aber nun ist das so.

Seite 115 - Stellenplan

Bertschi Bruno, SVP: Auf meine Anfrage letzte Woche wegen den ausstehenden Protokolle habe ich eine umfassende Antwort erhalten vom Herrn Gemeindeschreiber. Dann habe ich den Stellenplan angeschaut, weil ich inzwischen vernommen habe, dass das Protokoll nicht im Gemeindehaus geschrieben wird, sondern von einer absolut aussenstehenden Dame, die vermutlich im Stundenlohn arbeitet. Ich stelle fest, dass sie im Stellenplan nirgends vorhanden ist. Warum? Dann möchte ich noch wissen, ob es noch weitere solche Personen gibt, die für die Gemeinde arbeiten und nicht enthalten sind?

Hartmann Peter, Gemeindeschreiber: Es ist so. Wir versuchen, hin und wieder uns zu entlasten und das Protokoll jemandem in Heimarbeit zu geben. Wir haben bereits verschiedene Versuche gewagt, zwischendurch haben wir es wieder selber geschrieben. Seit etwa 2 Protokollen haben wir wieder eine Person gefunden, die uns diese Protokolle schreibt. Das sind etwa 15-20 Stunden pro Protokoll, die sie uns verrechnet. Wir sind aber auch nicht sicher, ob sich das weiterhin bewährt. Wir machen noch 1-2 solche Versuche und entscheiden uns nachher. Das ist auch der Grund, warum es nicht drinnen ist. Ich muss Ihnen aber sagen: Wir haben 0,1 Stelle, die im Stellenplan nicht enthalten ist, die wir in der Gemeindekanzlei nicht besetzt haben. Mit dieser 0,1 Stelle ist es sehr gut abgedeckt, dass wir Stundenaufwand weitergeben.

Bertschi Bruno, SVP: Soweit zufrieden. Meine zweite Frage war, ob es noch weitere solche Personen gibt, die nicht aufgeführt sind?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist mir niemand bekannt.

Meier Maja, Freis Wohle: Freis Wohle/EVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Stundenlohnangestellten, nach denen wir schon lange gefragt haben, nun aufgeführt sind im Stellenplan. Was uns aber fehlt, ist ein Vergleich mit anderen Gemeinden. Das Verhältnis von den festen Stellen zum Personal im Stundenlohn. Entspricht das den anderen Gemeinden? Mir fällt zum Beispiel auf, dass wir bei „Hauswarte Schulanlagen“ 9 feste Stellen haben, Personal im Stundenlohn 9,7 Stellen, also mehr als Festangestellte. Ich erinnere mich auch an eine Aussage des Gemeinderates, wo es um eine Bewilligung einer 50%-Stelle ging. Da hat er im Nachhinein gesagt „wenn wir die 50%-Stelle nicht bewilligt bekommen hätten, hätten wir sie im Stundenlohn angestellt“. Solche Aussagen geben mir zu denken. Da verliere ich das Vertrauen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich weiss nicht, wer die Aussage gemacht hat, ich habe dies auch schon gehört. Es stimmt natürlich nicht, dass so operiert wird. Grundsätzlich ist es so, dass es bei den Schulanlagen schon immer Teilzeit-StundenlöhnerInnen gegeben hat, die Reinigungsarbeiten verrichtet haben. Vielleicht kann Andy Bächer, kurz erklären, wie das ist. Was man klar sagen kann, ist, dass vor allem bei Schulhäusern auch Bewertungen gemacht wurden, Hauswartverband etc., dass die Stellen, Pensen, die gesamthaft bestritten werden, auf einer Basis fundieren. Es ist nicht einfach, dass ein Hauswart sagt „jetzt engagiere ich ein paar Putzfrauen und die verrichten das“, sondern da steckt eine Logik dahinter. Es ist in der Tat so, das fällt auf, dass das Hilfspersonal mindestens so wichtig ist, wie die Hauswarte selber.

Bächer Andy, CVP: Es hat damit zu tun, dass die Stundenlöhner an den Randstunden kommen, und es sind z.B. beim Junkholz rund 400-Stellen-Prozente und da kann man ja nicht 4 Vollzeitpensen einstellen. Das sind 2 vollamtliche Hauswarte plus Teilzeitpersonal. Die Zimmer werden 2x pro Woche geputzt und dann sind Frühlingsputzete, Herbst- und Sommerreinigungen. Da kommen Putzfrauen und das wird in das Pensum eingerechnet.

Meier Maja, Freis Wohle: Was ich nicht verstehe ist, warum muss man diese im Stundenlohn und nicht fest anstellen?

Bächer Andy, CVP: Die sind schon fest angestellt. Sie haben einen mündlichen Arbeitsvertrag. Wie will ich sie fest anstellen? In den Frühlingsferien putzen sie vielleicht einmal zwei Wochen, einmal nur sieben Tage. Sie werden entschädigt für die Zeit, welche sie arbeiten.

Gfeller Konrad, Präsident: Die Detailberatung des Budgets ist beendet. Es liegen noch folgende Anträge vor. Von der Fiko ein Antrag über das Lohngehalt, das wir als Einwohnerrat festlegen, das im Budget mit 1% versehen ist, auf 0,5% zu senken. Weiter ist ein Antrag von Dimitri Balasz, dass die Lohnerhöhung statt 1% 2% betragen soll.

Weiter haben wir eine Steuerfusserhöhung der SP und Grüne von 113% auf 115%, eine Steuerfussenkung von Benno Kohli um 2% und ich gehe der Annahme, dass von der SVP noch ein Antrag auf einen Steuerfuss von 99% folgt wird.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ja, wir stellen den Antrag um Senkung des Steuerfusses auf 99%.

Gfeller Konrad, Präsident: Zuerst behandeln wir das Lohngefüge, dann den Steuerfuss und abschliessend stimmen wir über das Budget ab.

Benz Guido, Fiko-Präsident: Die Finanzkommission hat im Bericht zum Voranschlag einige relevanten Zahlen zur Lohnentwicklung aufgeführt und im Ergänzungsbericht haben wir zudem eine Beurteilung zum allgemeinen Lohnniveau von Wohlen durch den Präsidenten und Vizepräsidenten der Finanzkommission gegeben. Gleichzeitig haben wir auch unsere

Überlegungen für den Antrag der Finanzkommission erläutert. Ich kann Ihnen sagen, soviel Aufwand wie wir betrieben haben, ist nicht jedes Jahr möglich. Wir haben das sehr seriös angeschaut, das kann ich Ihnen versichern. Wir haben nicht alle Informationen hier, um 150% Sicherheit zu haben, aber wir haben soviel, dass wir überzeugt sind. Nach Beurteilung der Wirtschaftslage, der voraussichtlichen Lohnentwicklung in der Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung, Teuerung, der vergangenen Lohnentwicklung und des Lohnniveaus ist in unseren Augen eine Nullrunde durchaus gerechtfertigt. Zwei zusätzliche Überlegungen haben aber zu einer Anpassung der ersten Meinung geführt.

1. Gute und vor allem sehr gute Leistungen sollen wenn immer möglich auch im Lohn ihren Niederschlag finden.
2. Es sollen vor allem tiefere Einkommen von einer allfälligen Lohnsummenanpassung profitieren.

Deshalb sind wir zum Schluss gekommen, der Gemeinderat müsste über eine vernünftige Summe verfügen können. Daher auch unser Antrag

Die Finanzkommission beantragt demgegenüber mit 4:2 Stimmen bei einer Enthaltung die Lohnsumme für das Jahr 2010 um 0,5% zu erhöhen.

Gleichzeitig empfiehlt sie dem Gemeinderat auch, auf eine generelle Lohnerhöhung und damit Anpassung der Gehaltsbänder zu verzichten und die verfügbare Summe leistungsabhängig vornehmlich Mitarbeitern mit Salären unter Fr. 100'000.— zukommen zu lassen.

Wir sind von dem überzeugt, übrigens haben wahrscheinlich viele in den letzten Tagen und Wochen Zeitung gelesen, da hört man verschiedenes. Aber ich nehme das Beispiel Coop: Coop gewährt eine Lohnsummenanpassung von 0,75%. Angepasst werden aber nur die Löhne etwa der Hälfte der Mitarbeiter, nämlich bis zu einem Lohn von Fr. 6'000 pro Monat oder Fr. 78'000 pro Jahr, Das heisst, dass auch Coop seinen besser bezahlten und höheren Kadermitarbeitern erklären muss, warum nun dieses Jahr nichts da ist. Das wird noch in sehr vielen Betrieben passieren. Wir sind noch relativ früh mit der Fixierung, wenn man die gesamte Wirtschaft betrachtet.

Balazs Dimitri, SP: Ich habe vorhin in meinem Votum festgehalten, weshalb wir die Erhöhung beantragen. Das Gemeindepersonal hat seit dem Jahr 2005 nie mehr den gesamten Teuerungsausgleich erhalten, ausserdem sind wir ja mit der Arbeit zufrieden, die sie verrichten. Sie ist sehr gut, insofern erachten wir es als unfair, wenn man dem Gemeindepersonal weniger zuspricht als in der Privatwirtschaft. Desweiteren müssen die Verwaltungslöhne mit der Privatwirtschaft mithalten können, damit die Gemeinde ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Danke für die Unterstützung unseres Antrages.

Dubler Walter Gemeindeammann: Der Gemeinderat Matthias Jauslin hat die Haltung des Gemeinderates dargelegt. Wir sind weiterhin für 1% und bitten Sie, dem zuzustimmen. Es ergibt sich, dass dies der Mittelweg ist. Wir haben ein modernes, erst 5-jähriges Personalreglement. Guido Benz analysierte dies und kam zum Schluss, dass es fundiert und professionell ist. Man hatte damals unter anderem auch die Zielsetzung, Einführung eines leistungsorientierten Gehaltkonzeptes. Wenn man jetzt argumentiert, dass es eine zusätzliche Ferienwoche gibt, dann muss man zusätzlich in Betracht ziehen, dass damals die Arbeitsjubiläen verändert wurden. Es wurden Vergleiche mit anderen Gemeinden gemacht und Wohlen befindet sich eher im hinteren Bereich. Damals wurde auch festgelegt, dass die Gehaltsanpassung durch den Einwohnerrat im Rahmen des jährlichen Budgets festgelegt wird. Wie die Aufteilung ist, steht explizit im Reglement. Tatsache ist, dass die Teuerung in diesem Jahr im Minusbereich ist. Wir nehmen die Anregungen der Fiko entgegen. Der Gemeinderat muss dann die Situation gründlich beurteilen.

Ruedi Donat hat für die CVP gesagt, sie hätten Vertrauen in den Gemeinderat, dass dieser die richtige Aufteilung machen wird. Ich bitte Sie, haben Sie Vertrauen in den Gemeinderat, dass er das richtig machen wird. Sagen Sie „Ja“ zu dem moderaten Weg, den wir Ihnen vorschlagen. Die Konsequenz ist, wenn Sie dem zustimmen dass dadurch auch die Lohnbänder nicht angepasst werden. Dies ist jedoch wichtig, um künftige Lohnentwicklungen im Griff zu behalten.

Perroud Arsène, SP: Ich finde es einen Hohn, dass jedes Jahr die Verwaltung hochgelobt wird. Das machen alle Einwohnerräte. Wenn es dann aber um eine angemessene Entlohnung geht, wird gekniffen. Gerade in schwierigen Zeiten und mit mangelnder politischer Führung - wie ständig vorgeworfen wird - muss dem Personal Sorge getragen werden. Die durchschnittliche Teuerungszulage in der Privatwirtschaft beträgt dieses Jahr 1.4%, der Schweizerische Gewerkschaftsbund fordert 1.5% bis 2% Erhöhung. Wenn die Fiko schreibt in ihrer Begründung, es sei in den letzten Jahren 9,7% gewesen, das stimmt einfach nicht. Im Jahr 2005 hatten wir eine Nullrunde, im Jahr 2006 hat der Gemeinderat aufgrund der Ablehnung des Budgets dem Einwohnerrat das ganze halbiert von einem auf ein halbes Prozent, im Jahre 2007 haben wir anstelle der durchschnittlichen 2,8% auf Kantonsebene 2% ausbezahlt und letztes Jahr war es glaube ich auch nur etwa die Hälfte. Wir sprechen hier von einem nicht angemessenen Lohnwachstum, den das Gemeindepersonal der Gemeinde Wohlen immer wieder auf sich nehmen muss.

Wie die FIKO auf die Idee kam, die zusätzliche Ferienwoche als Lohnprozente zu beachten ist mir zudem schleierhaft.

Den Vorschlag der FIKO, die Erhöhung der oberen Gehälter nicht gleich zu erhöhen, wird im Gehaltskonzept bereits berücksichtigt. Und zwar beim individuellen Lohnanteil und nicht beim generellen Anteil. Dies steht auch so im Personalreglement und dem muss der Gemeinderat nun mal nachleben. Die SP hat seinerzeit den Antrag gestellt den generellen Teil aufzuteilen, damit hätte sich die Schere weniger aufgetan. Der Antrag wurde per Stichentscheid von Einwohnerratspräsident Claude Salathé abgelehnt. Das Reglement kann man nun nicht so einfach ändern, dazu muss das Personal auch angehört werden und einverstanden sein.

Ich bitte Euch, unserem Antrag der Lohnerhöhung um 2% zuzustimmen. Es ist nichts als gerecht, wenn wir dem Gemeindepersonal endlich wieder mal eine Lohnerhöhung geben können.

Benz Guido, CVP: Nach meinen Berechnungen ist es tatsächlich so. Wenn man die Jahre 2005 – 2009 nimmt, seit die neue Regelung gültig ist, hatten wir eine Teuerung von 4,9%, der generelle Anteil ist 3,5%. Das heisst, in dem Fall ist es 1,4% unter der Teuerung. Mit anderen Worten: Wir haben in den letzten vier Jahren genau das erreicht, was früher mal zur Diskussion stand 50:50 Aufteilung.

Noch etwas betreffend den berühmten Dank an das Personal. Ich habe dies schon einmal gesagt. Wenn ich merke, wenn das Personal „untendran“ ist, dann trete ich für 2% oder 3% ein. Wenn ich das Gefühl habe, sie seien oben gut, dann kann ich meines Erachtens etwas zurückhaltender sein. Ich bin der Meinung, dass die Mitarbeiter gut bezahlt sind. Sie verdienen dies auch und es sind keine leeren Worte, wenn man sagt, dass in der Gemeinde gute Arbeit geleistet wird. Die Vergleiche, die zum Teil gemacht wurden, als ob das zwei verschiedene Gesichter sind, die teile ich nicht. Ich bin überzeugt von dem Vorschlag den wir Ihnen bieten und ich bitte, diesen anzunehmen.

Perroud Arsène, SP: Guido Benz hat gesagt, dass der generelle Anteil nicht gestiegen ist. Das heisst: Fakt ist, die Gemeinde Wohlen hat dem Gemeindepersonal in den letzten Jahren einen Reallohnverlust zugemutet. Sie haben dies freundlicherweise akzeptiert, die Abteilungsleiter sitzen glücklicherweise grossmehrheitlich immer noch hier. Das Gehaltskonzept ist schlussendlich ein personalpolitisches Instrument, um die Förderung der MitarbeiterInnen steuern zu können. Wenn mir Guido Benz plausibel erklären kann, wie man 0,5% Lohnerhöhung aufteilt, um all die Mitarbeiter entsprechend zu fördern, ohne dass man damit beginnt, Beträge von Fr., 5.25 mehr auszubezahlen, könnte man beginnen darüber zu diskutieren, ob es einen anderen Ansatz geben würde. Ich bin wirklich erfreut, dass der Gemeinderat dies auch so erkannt hat, dass das ein Problem ist.

Benz Guido, CVP: Coop kann anscheinend auch 0,75% mehr Lohn bezahlen. Ich habe den Weg ja geschildert, wie wir zu den 0,5% gekommen sind. Ausgangslage war, dass es grundsätzlich eine Nullrunde gibt. Nachher kamen wir zum Schluss, dass wir etwas geben sollten. Wenn man die Empfehlung der Fiko verfolgt, die unteren Saläre, die guten und sehr guten Leistungen berücksichtigt, dann bin ich überzeugt, dass mit dem Geld durchaus für sehr gute Leute eine spürbare Lohnerhöhung gegeben werden kann. Die Gemeinde Wohlen ist nicht alleine, wir sind keine Exoten.

Abstimmung / Gegenüberstellung

Hans Hufschmid befindet sich im Ausstand.

- Die Finanzkommission beantragt demgegenüber mit 4:2 Stimmen bei einer Enthaltung die Lohnsumme für das Jahr 2010 um 0,5% zu erhöhen.
- SP/Grüne beantragen, dem Gemeindepersonal eine Lohnerhöhung von 2% gewähren.

Dem Antrag der Fiko mit 28 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen zugestimmt.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Lohnerhöhung von 1%

wird mit 27 Nein zu 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

Balazs Dimitri, SP: Ich bitte Sie nochmals zu beachten, dass der Gemeinderat im Vorschlag selber festgestellt hat, dass man mit 113% sehr knapp budgetiert hat und wir nicht viel Handlungsspielraum haben. Ich bitte Sie, die zukünftigen Investitionen zu beachten und unseren Antrag zu unterstützen, damit wir Wohlen vorwärts bringen können.

Kohli Benno, FDP: Ich möchte Sie bitten, einer Steuerfussreduktion um 2% zuzustimmen. Wichtig sind die Investitionen, aber sie sind nicht das Problem. Das eigentliche Problem sind die laufende Rechnung, das Projekt Toolbox und die Schulsozialarbeit. Diese erhöhen die laufende Rechnung. Wir haben heute zwei Repol-Stellen aus dem Budget gestrichen. Ich glaube man muss auf beiden Seiten arbeiten. Einerseits muss man investieren für unse-

re Gemeinde, damit wir attraktiver werden, aber auch dem Steuerfuss die nötige Beachtung schenken. Investieren heisst, dass man Sachen bevorteilt, wo auch ein Return da ist, wo eine Investition ist und keine Konsumation. Unser Einwohnerrat hat Tendenz, eher zu konsumieren, weil man jemandem oder sich selber was Gutes tun will. Wir haben dafür kein Geld. Deshalb bin ich für eine realistische Steuerfussreduktion, die den Investitionen nicht weh tut. Wir müssen schrittweise unter den kantonalen Steuerfuss kommen. Wenn wir nun alle 2 Jahre, oder auch jedes Jahr, 2% herunterkommen, ist das der richtige Weg. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es ist ja jedes Jahr dieselbe Leier. Wenn natürlich die Fiko sich darauf konzentriert, die SVP und ihre Forderung anzugreifen, es geht ja schon fast bis zur physischen Ablehnung, dann weiss ich nicht, ob das richtig ist. Wenn behauptet wird, 99% sei eine Utopie, dann frage ich mich, warum dies in Villmergen, Waltenschwil oder Bremgarten Realität ist. So utopisch sind 99% nicht. Wir haben das hier drinnen schon ein paar Mal gehört – wo ein Wille, da ein Weg.

Jedes Jahr stellen wir bei der Rechnung fest, es wäre mit 99% auch gegangen, man hätte einfach weniger Überschuss.

Und wir geben zu, man hätte weniger freiwillige Abschreibungen gemacht. Das ist der Modus, wenn man investieren will und eine arme Gemeinde ist. Es kann ja niemand sagen, wir seien eine reiche Gemeinde. Das ist der Modus, dass man pro Jahr 10% abschreiben muss. Danach richten sich die Investitionen. Wie läuft es bei uns?

Es wird einfach alles aufgelistet. Es ist ein Wunschkonzert, es wird nichts gestrichen. Es wird vielleicht zeitlich etwas gestaffelt, aber viel geht nicht. Es werden keine Schwergewichte gebildet, es heisst einfach, wir wollen alles, die Badi, die Kunsteisbahn, dieses Schulhaus, das Gemeindehaus. Und dann heisst es hier drinnen, wir brauchen einen hohen Steuerfuss. Wir schreiben jedes Jahr mehr ab als wir müssen.

Eine Feststellung, der man wahrscheinlich nur schwer widersprechen kann: Die Hochsteuerpolitik ist gescheitert. Der Vorschlag der SVP ist, die Hochsteuerpolitik abubrechen und auf Normalmass herunterfahren. Ich gebe zu, wenn man mit Zwischenanträgen kommen würde, nicht mit promillemässigen Schritten, kurz vor der Einwohnerratswahl, mit ernsthaften Senkungsideen, jedes Jahr 2, 3, 4% herunter, bis man auf Normalmass ist, wären wir für einen Kompromiss zu haben. Aber auch das ist nicht möglich mit den anderen Parteien. Sie lehnen es jeden Herbst ab. Deshalb machen wir den Kompromissvorschlag schon gar nicht.

Wenn die Fiko am Anfang deklariert, wir verzichten auf Sparübungen, auf das Durchkämmen des Budgets, erachten wir dies als Kapitulationserklärung. Das ist schade. Nehmen Sie 99% an, stimmen Sie dem konstruktiven Vorschlag zu und denken Sie an den Steuerzahler und nicht in allererster Linie an das Personal, wie es die Sozialdemokraten naturgemäss machen müssen, sondern an die Leistungsträger. In der Verwaltung hat es auch Leistungsträger und die zahlen schlussendlich auch Steuern, insbesondere die, die gut verdienen. An die Leistungsträger, die die Kasse speisen. Sagen Sie Ja zu 99%.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Der Gemeinderat stellt Ihnen den Antrag, den Steuerfuss auf 113% festzulegen. Das ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern aufgrund eines wohlüberlegten Finanzplanes und das ist von einem aktuellen Budget. Wir haben eine bestimmte Anzahl Aufwendungen in der laufenden Rechnung die einfach sind. Man kann die nicht einfach herausstreichen. Das ist schlussendlich der Auftrag, den Sie uns als Einwohnerrat gegeben haben, um die Gemeinde zu entwickeln. Auf der anderen Seite haben wir Investitionen, selbstverständlich sind die sehr wichtig und die sind auch nicht einfach wild

daher, sondern es sind Investitionen, die mit einer Gemeinde von 14'500 Einwohner regelmässig gemacht werden müssen. Die Fiko kommt auf einen Cash-Flow von etwa Fr. 5 Mio., der jedes Jahr erarbeitet werden müsste. Der Gemeinderat sieht nicht ganz dieselbe Höhe wie die Fiko. Wir haben dargestellt, dass die 113% zurzeit alles ist, was wir bieten können. Ich habe dargestellt, dass wir in den 113% zusätzlich Fr. 850'000.— drinnen haben für Grüngutentsorgung und Abfallbeseitigung. Wir bitten Sie, den 113% zu zustimmen. Wir sind überzeugt, dass wir so den richtigen Weg gehen.

Benz Guido, CVP: Der Gemeinderat weiss natürlich nicht mehr, was er machen muss, wenn wir früher bezüglich Investitionen im Finanzplan immer verlangt haben, es soll wirklich alles auf den Tisch kommen und man könne darüber diskutieren. Wenn er nun gleichzeitig den Vorwurf erhält, es sei nun dort. Meiner Meinung nach soll alles im Finanzplan sein und nachher entscheiden wir, was dann passiert. Aber ich finde es richtig, was er gemacht hat. Zum Sparen möchte ich noch sagen, ich habe es ausdrücklich gesagt, ich habe nicht jedes „Pünktlein“ begutachtet. Aber ich kann Ihnen versichern, dass ich genug getan habe. Ich habe verschiedentlich x-mal gefragt, ob ihr Anträge habt, aber nichts ist gekommen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Basis sehr vernünftig war. Matthias Jauslin hat es gesagt, dass selbstverständlich noch an verschiedenen Orten gespart werden kann. Das bezweifelt auch niemand. Ich sage einfach mal, dass ich meine Arbeit nicht so schlecht gemacht habe.

Abstimmung / Gegenüberstellung Steuerfuss

Steuerfuss 99% - Steuerfuss - 111% - Steuerfuss 115%

8 Stimmen für Steuerfuss 99%, 6 Stimmen für Steuerfuss 111%, 6 Stimmen für Steuerfuss 115%. Damit wird der Vorschlag Steuerfuss 99% dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt.

Steuerfuss 99% - Steuerfuss 113%

10 Stimmen für Steuerfuss 99%, 25 Stimmen für Steuerfuss 113%.

Voranschlag 2010

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Steuerfuss 113%

Lohnerhöhung für das Gemeindepersonal um 0,5%

Wird mit 25 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen zugestimmt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Peter Hartmann hat heute seine letzte Budgetsitzung erlebt. Er war 30 Jahr hier tätig und er möchte noch ein paar Gedanken äussern. Ich denke, es ist sein politisches Vermächtnis nach seiner allerletzten Budgetsitzung. Ich wünsche ihm

ein hohes Alter, aber ich bin überzeugt, er wird nie mehr nach Wohlen zurückkommen, um sich eine Budgetdebatte anzuhören.

Hartmann Peter, Gemeindeschreiber: 30 Mal habe ich nun so einer Budgetdebatte beiwohnen müssen. Es war heute die letzte. Es ist heute auch das letzte Mal, dass ich solche Diskussionen über die Löhne der Gemeindeangestellten mithören musste. Sie gestatten mir, dass ich dazu ein paar Sachen sage. Dafür halte ich in zwei Monaten keine Abschiedsrede.

Heute haben Sie wieder die minimalste Variante, die zur Diskussion stand, gewählt. Sie ist noch schlechter als die Variante, die der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Auch von dieser war ich der Meinung, sie sei eine „mikrige“ Lösung. Persönlich bin ich nicht mehr betroffen davon, aber es schmerzt. Es tut mir weh für alle Kolleginnen und Kollegen. Ich spüre hier drinnen keine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden, sondern eher eine Missbilligung der Arbeit, die diese Leute immer ausführen. Seit Jahren sind wir in Wohlen bezüglich Lohnanpassungen konsequent am Schwanz gewesen, verglichen mit anderen vergleichbaren Gemeinden. Das nicht nur mit grösseren Gemeinden im Kanton, sondern auch mit Nachbargemeinden. Immer ist es der falsche Zeitpunkt, immer findet man eine Ausrede, dass man etwas weiser umgehen muss mit den Leuten, wie das andere Gemeinden machen.

Die Mitarbeitenden sind nicht schuld an der Finanzlage in Wohlen. Sie, der Einwohnerrat machen die Finanzlage, so wie Sie das heute Abend wieder getan haben. Natürlich ist es populär, wenn man die unteren Einkommen privilegiert. Selbst bei extrem bürgerlichen Parteien entwickeln sich immer wieder sozialistische Gedanken. Es ist doch ungerecht, dass man gerade die Verantwortlichen, die dafür sorgen, dass der Betrieb läuft, straft. Die Leute, die ihre Stunden nicht zählen dürfen, sie sitzen heute hier hinten und hören Ihren Ausführungen zu, notabene die einzigen, die ohne Sitzungsgelder anwesend sind.

1972 hat der Gemeinderat das erste Besoldungsreglement erlassen. Bei der Erarbeitung des Reglements waren Leute aus der Wirtschaft dabei, auch aus der Strohindustrie, die seinerzeit als geizig bekannt waren. Trotzdem entstand ein grosszügiges Reglement, das grosszügigste, das ich in meiner ganzen Zeit in Wohlen erlebt habe. Seither fanden verschiedene Revisionen statt, die stets zu einer Verschlechterung der Bedingungen geführt haben. Man begann damit, den automatischen Teuerungsausgleich abzubauen, Dienstalterszulagen wurden reduziert. 2004 war die letzte Revision, die ominöse Revision. Man hat den Beamtenstatus abgeschafft, das konnte man noch verschmerzen, das war ein Trend. Man gewährte einem Teil der Mitarbeitenden zusätzliche Ferienwochen. Das war gut so. Andererseits hat man die Treueprämien abgeschafft. Das neue Reglement hat man als fortschrittliches, leistungsorientiertes Gehaltskonzept verkauft. Man hat es als vorzügliches Führungsinstrument propagiert. Bereits nach einem Jahr musste man feststellen, dass dies nicht so ist und die Leute mussten sich verschaukelt vorkommen. Anlässlich der Qualifikationsrunde haben die Vorgesetzten ihren Mitarbeitenden mitteilen müssen, dass sie zwar ausgezeichnete Arbeit geleistet haben, ihre Bemühungen aber nicht honoriert werden können. Es gab eine Nullrunde. Anstelle eines gerechten, fortschrittlichen Konzeptes stehen die Mitarbeitenden nun jedes Jahr der Willkür des Einwohnerrates ausgesetzt. Jedes Jahr gibt es Ärger um die Besoldung. Das Konzept, das eigentlich Ruhe in die ganze Sache hineinbringen sollte, bewirkt das Gegenteil. Das ist Motivation pur. Mit einer solchen Lohnpolitik werden Sie nach und nach die Verwaltung schwächen, weil die fähigen Leute abwandern. Ich habe bald das Gefühl, dass Sie das wollen. Sie wollen eigentlich eine schwache Verwaltung. Ein schwaches Steueramt die einen, ein schwaches Betreibungsamt die anderen und wieder andere eine schwache Polizei. Wenn Sie das wollen, dann sind Sie auf dem richtigen Weg.

Ein Gemeindeammannkandidat hat an der Vorstellung im Chappelehof gesagt, er wolle keine Stärkung der Verwaltung. Man hat offenbar Angst davor. Aber eine allzu mächtige Verwaltung können Sie nicht damit verhindern, indem Sie den Leuten den Lohn kürzen und geizig mit ihnen sind. Die Verwaltung wird nur dann übermächtig, wenn die politische Führung schwach ist. Ich möchte Sie bitten, haben Sie den Mut zu ein bisschen mehr Grosszügigkeit. Nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei anderen Sachen. Ich bin fest überzeugt, dass das der Gemeinde Wohlen gut tun würde. Wohlen bräuchte nämlich ein bisschen mehr Dynamik und Grosszügigkeit. Sonst bleiben wir nach wie vor am selben Ort stehen. Schliesslich danke ich noch der SP für den Antrag. Sie haben genau das gesagt, was ich auch fühle.

Bericht und Antrag 11161 betr. Überprüfung von

- Reglement zur Regelung des Anstellungsverhältnisses des Gemeindeammanns der Gemeinde Wohlen
- Reglement über die Entrichtung von Entschädigungen, Sitzungsgeldern und Spesenersatz an Behördenmitglieder, Kommissionsmitglieder und Arbeitnehmer der Gemeinde Wohlen

Külling Harold, Vizeammann: Wir haben Ihnen zwei Reglemente vorgelegt. Das eine ist die Entschädigung des Gemeindeammanns als unverändert und das zweite Reglement, das wir Ihnen vorgelegt haben, das eigentlich eine generelle Erhöhung der einzelnen Besoldungen vorgesehen hat. Wenn es nur um die Erhöhung gegangen wäre, welche die GPK behandelt hat, könnten wir dieses Traktandum nun abhandeln und darüber entscheiden, ob man es will oder nicht. Es war nun aber so, dass die GPK plötzlich damit begonnen hat, vor allem an dem Reglement der Entschädigung des Gemeindeammanns, abzuändern, Abänderungen vorzuschlagen und vorzusehen. Allerdings auch mit einer Unsicherheit verbunden. Sie musste nämlich selber noch nachfragen beim Kanton, was möglich ist und was nicht. Man erhielt dort eine Auskunft von „wahrscheinlich“, die übliche Süessauskunft, die jeweils auch nicht weiter hilfreich ist.

Wir stehen heute vor der Situation, dass verschiedene Fragen ungeklärt sind, dass auch die Anträge eigentlich nicht ganz klar sind, in welcher Richtung man diese in der vorliegenden Form gutheissen kann. Wir standen vor acht Jahren in einer ähnlichen Situation, als der Einwohnerrat zum Ausdruck gegeben hat, dass er mit den Vorschlägen des Gemeinderates nicht einverstanden ist. Man zog damals die Vorlage zurück und bildete eine „All-Fraktionen-Arbeitsgruppe“. Der Gemeinderat möchte angesichts des Ergebnisses der Beratungen in der GPK und auch von dem, was wir von den Fraktionen gehört haben, dieses Mal wieder gleich vorgehen. Wir ziehen die Vorlage zurück und wir werden eine „All-Fraktionen-Arbeitsgruppe“ bilden, wo alles diskutiert werden kann. Aber am Schluss kommen wir wie vor acht Jahren zu einer Lösung, die „verhebet“ und für die Mehrheit des Einwohnerrates akzeptabel ist. Gestatten Sie mir noch eine kleine Bemerkung zu der Arbeit der GPK. Ich empfinde es als ein wenig merkwürdig, wenn ich vor die GPK trete, in ca. 10-15 Minuten ein paar Fragen beantworte, danach nach Hause geschickt werde und nachher geht die eigentliche Debatte los. Dann wird darüber diskutiert, ohne dass der Gemeinderat daran teilnehmen kann. Ich weiss, das ist eine Regelung, die seit ein paar Jahren gilt. Ich möchte dringendst empfehlen, dass sich die GPK überlegen müsste, wieder darauf zurückkommen und dass der zuständige Gemeinderat dabeibleiben kann bis zum Schluss der Debatte. Das Traktandum kann als erledigt betrachtet werden, wir haben es zurückgezogen.

Gregor Ariane, Präsidentin GPK: Ich möchte gerne als GPK-Präsidentin den Vorwurf zurückweisen. Wir haben nämlich die Arbeit des Gemeinderates gemacht, wo ich nun wirklich sage, dass der Gemeinderat die Vorlage zurückgezogen hat, finde ich sehr gut. Das ist eigentlich die beste Variante. So könnte eine Arbeitsgruppe die Vorlagen fundiert ausarbeiten. Wir hatten die Vorlage, haben diese geprüft und dem Vizeammann, Harold Külling, gute Fragen gestellt. Danach durfte er nach Hause gehen und wir haben wirklich gute Arbeit geleistet. Ich hoffe, dass das respektiert wird. Die GPK macht ihre Arbeit gut und konstruktiv.

Bericht 11172 betreffs Postulat 11063 notwendige Ergänzungen zum Finanzplan 2007-2011**Benz Guido, Präsident Fiko:**

Die Antwort des Gemeinderates ist ausführlich ausgefallen und deckt die am 16. August 2007, also vor rund 25 Monaten, gestellten Anliegen teilweise ab. Die Finanzkommission ist mit dem Antrag des Gemeinderates, das Postulat abzuschreiben, einverstanden, dies umso mehr, als das Postulat 11146 vom 12. März 2009, das umfassender ist, noch pendent ist. Trotzdem sind einige Bemerkungen anzubringen. Nicht einverstanden ist die Finanzkommission mit einem Teil der Schlussfolgerungen.

zum Abschnitt „Grundsätzliches“ auf Seite 1

„Der Gesetzgeber verpflichtet den Gemeinderat in betriebswirtschaftlicher Hinsicht, nebst Budget und Rechnungsabschluss, einen jährlichen Aufgaben- und Finanzplan vorzulegen. Die aktuelle Gemeindegesetzgebung geht davon aus, dass dieses Instrument für die ordnungsgemässe Führung des Finanzhaushaltes einer Gemeinde genügt“

Der Gemeinderat erfüllt die gesetzgeberischen Anforderungen, keine Frage. Es klingt diesbezüglich aber eine legalistische Haltung des Gemeinderates durch. Die gesetzgeberischen Anforderungen sind immer ein Minimum. Wenn diese zur Lösung der realen Probleme nicht genügen, muss der Gemeinderat aus eigener Initiative handeln. Im Übrigen gehen die Empfehlungen des Kantons heute klar deutlich weiter als das, was der Gemeinderat im aktuellen Finanzplan erarbeitet hat. Ich erinnere an mein Votum zum Finanzplan. Ich werde jedenfalls allen Gemeinderäten, den jetzigen und den neuen, die Unterlagen vom Workshop „Finanzplan“ zukommen lassen, damit sie sich damit beschäftigen können. Und vielleicht noch etwas: Diese Workshops sind nicht nur für FIKO-Mitglieder gedacht, sondern auch für Gemeinderäte.

zum Abschnitt „Tätigkeitsprogramm“ Seite 3

„Lieber spät als nie“

zum Abschnitt „Schlussfolgerungen“ – die ersten beiden Abschnitte Seite 3/4

Wohlen braucht ein selbstbewusstes und positives Auftreten, damit die Zentrumsgemeinde als solche verstärkt wahrgenommen wird. Die kontinuierliche Verbesserung der Steuerkraft wird vor allem mit raumplanerischen Maßnahmen und aktiver Standortförderung möglich sein. Dabei soll sich Wohlen langfristig wie im Leitbild festgehalten bei der Steuerbelastung im Kantonsmittel bewegen. Dabei gilt es, einerseits genügend Bauland in den Wohnzonen W1 und W2 sicher zu stellen und andererseits mit geeigneten Planungsinstrumenten hochwertigen Wohnraum zu fördern. Gleichzeitig soll gut erschlossenes Gewerbe- und Industrieland für mögliche Interessenten zur Verfügung stehen. Ein aktives Standortmarketing soll dabei genutzt werden. Es gilt, die Attraktivität des Standortes Wohlen durch eine zeitgemässe Infrastruktur kontinuierlich zu stärken, wie dies auch im neuen Finanzplan zum Ausdruck gebracht wird.

Die rollende Finanzplanung dient den Behörden zur Entscheidungsvorbereitung, weil darin die längerfristigen Auswirkungen aufgezeigt werden. Sie ist ein wichtiges Instrument, um die Tragbarkeit von geplanten Investitionen und anderen Massnahmen beurteilen zu können.

Was in diesen beiden Abschnitten richtigerweise postuliert wird, wurde in den vergangenen 10/20 Jahren unterlassen. Wir erwarten, dass diese Ziele nun konsequent angepeilt werden.

zum Abschnitt „Die aufgezeigten Planungsinstrumente sind ausreichend“ Seite 4

Die von der Finanzkommission geforderten weiteren Massnahmen (Longlist mit Konkretisierungen, Aktions- und Zeitplan zur Verbesserung der finanziellen Situation, etc.) sind ein zusätzliches Planungsinstrument. Es entsteht die Gefahr eines Planungs dualismus mit den bestehenden Planungsgefässen. Allein die Analyse zur Verbesserung der finanziellen Situation kann aufgrund des bestehenden Finanzplanes durchaus gemacht werden.

Die Finanzkommission hat nicht von einem zusätzlichen Planungsinstrument gesprochen, sondern von einem zusätzlichen Planungsaspekt der Langfristigkeit, den wir „Langfristplan“ nannten. Gleichzeitig haben wir aber immer ausdrückliche offen gelassen, wie und wo der Gemeinderat dies lösen will, z.B. im Rahmen des Finanzplanes. Teile der Forderungen hat er ja auch in den Finanzplan integriert, z.B. das Tätigkeitsprogramm. Und nochmals: Der Kanton empfiehlt einen viel längeren Planungshorizont.

Bei einem Planungshorizont von >5 Jahren sind keine gesicherten Aussagen möglich. Diese Erkenntnis beweist in der gegenwärtigen Finanzplansystematik ganz eindrücklich schon das jeweilige Planjahr 5, in welchem die abgebildeten Zahlen schon sehr summarisch interpretiert werden müssen.

Es liegt in der Natur eines Langfristplanes, dass er später im Detail andere Ergebnisse zeigen wird. Im Falle von Wohlen, wo immer der Status quo fortgeschrieben wurde, musste es sogar ganz spezifisch so sein. Nochmals: Der Kanton empfiehlt einen längeren Zeithorizont.

Für eine langfristige Planung sind die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und auch die gesetzlichen Entwicklungen ganz allgemein viel zu dynamisch. Zu viele unkonstante und ungewisse Faktoren verunmöglichen eine aussagekräftige Planung über den Zeitraum des gegenwärtigen Finanzplanes.

Diese Aussage zeigt, dass der Gemeinderat die Philosophie einer (wirklich) langfristigen Planung immer noch nicht ganz begriffen hat. Ein Langfristplan basiert für eine Gemeinde wie für ein Unternehmen auf

- dem heute Bekannten (Gesetze, wirtschaftliche Entwicklung, geplante Massnahmen, Marktentwicklung etc.) und nimmt Unwägbarkeiten in Kauf.
- der Einschätzung zukünftiger Entwicklungen
- dem Einfluss neuer Elemente (z.B. neue Gesetze, veränderte wirtschaftliche Entwicklungen), die anhand eines guten Langfristplanes viel besser oder überhaupt erst beurteilt werden können. Zudem kann ein Langfristplan, der gut ist – wenn nötig – auch leicht angepasst werden.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir danken für das eingereichte Postulat. Grundsätzlich bin ich ein positiv denkender Mensch und möchte keinen Nachteil oder Fehler, die in den Dokumenten oder Finanzplänen vorhanden sind, aufzeigen. Tatsache ist aber, dass wir mit dem Finanzplan 2009-2013 ein Dokument haben, das durchaus planungswürdig ist und Qualitäten zeigt. Wir sind überzeugt, dass wir mit Hilfe des Anstosses der Fiko zu dem Resultat gekommen sind. Jetzt geht es darum, zusammen mit Ihnen die Sachen umzusetzen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat möge den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen und das Postulat 11063 als erledigt erklären.

wird einstimmig angenommen.

Gfeller Konrad, Präsident:

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung, ich bedanke mich ganz herzlich für die konstruktive Mitarbeit.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am 16. November 2009 statt. Ich wünsche Ihnen bis dahin eine gute Zeit und freue mich, sie dann wieder begrüßen zu dürfen.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

Konrad Gfeller, Präsident

Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.